

DGO Rundbrief
01/2013



Brief der Geschäftsführerin	3
Veranstaltungskalender	4
Aktivitäten der Geschäftsstelle	4
Aktivitäten der Zweigstellen	5
OSTEUROPA	8
OSTEUROPA-Recht	11
Länderanalysen	12
Mitglieder	16
Protokoll der Mitgliederversammlung	16
Personalien	19
Buchveröffentlichungen	19
Tagungsberichte	20
Democratic Institutions in Crisis?	20
1913 TransNational: Osteuropa im Wandel 2013	21

Brief der Geschäftsführerin

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder,

schade, dass wir nicht jedes Jahr 100 Jahre alt werden! Die diesjährige Konferenz und das Sonderheft der Zeitschrift Osteuropa anlässlich des einhundertjährigen Bestehens der DGO waren einfach großartig. Vielen Dank noch einmal an alle, die als Redner, Referenten, Musiker, Sponsoren und Organisatoren mitgewirkt haben. Wer nicht dabei sein konnte, kann den ausführlichen Bericht in diesem Rundbrief nachlesen. Neben den vielen interessanten und hochrangig besetzten Panels gab es ein Highlight, das Sie leider nicht „nachhören“ können – die Band Krambambulya, die in Belarus aus politischen Gründen nicht auftreten darf und die in Berlin gezeigt hat, dass sie immer noch spritzig und mit interessanten Texten auftreten kann.

Die DGO hat einen neuen Präsidenten: Ruprecht Polenz, MdB, wurde auf der Mitgliederversammlung am 7. März gewählt. Wir freuen uns sehr, dass wir mit dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages einen an Osteuropa sehr interessierten und in (außen)politischen Fragen äußerst versierten Nachfolger für Rita Süssmuth gewinnen konnten. Wir haben die praktische Zusammenarbeit sofort begonnen und freuen uns auf viele gemeinsame Initiativen mit Ruprecht Polenz.

Rita Süssmuth wurde sowohl auf der Mitgliederversammlung als auch beim Festakt im Auswärtigen Amt mit einem Riesendank des Vorstands und der Mitglieder für 14 Jahre intensive und erfolgreiche Zusammenarbeit verabschiedet. Die scheidende Präsidentin Rita Süssmuth versicherte der DGO, ihr auch weiterhin mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Den Bericht über die Mitgliederversammlung finden Sie ebenfalls im Rundbrief.

Im vergangenen Jahr sind weniger Mitglieder neu eingetreten, als Mitglieder ausgetreten sind. Aus diesem Grund möchte ich besonders die Zweigstellenleiter, aber auch jedes einzelne Mitglied darum bitten, neue Mitglieder für die DGO zu gewinnen. Wir haben viel zu bieten, wie die 100-Jahrfeier gezeigt hat. Die DGO ist neben der fachlichen Organisation weiterhin ein Forum aller mit Osteuropa befassten Fächer, das themenübergreifend interessante Diskussionen initiiert. Es wäre schön, wenn es uns gelänge, im Jubiläumsjahr vielleicht nicht 100, aber doch vielleicht eine zweistellige Zahl neue Mitglieder zu gewinnen.

Dass wir modern sind und auch bleiben wollen, zeigt im Übrigen auch das neue Layout des Rundbriefs, das wir in ähnlicher Form erstmals für den Geschäftsbericht 2012 benutzt haben. Ihn können Sie auf der Homepage der DGO abrufen.

Wir werden Sie wie immer per Email auf unsere vielen Veranstaltungen hinweisen und ich würde mich freuen, wenn wir Sie auch persönlich bei der einen oder anderen Veranstaltung begrüßen dürfen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre

Dr. Heike Dörrenbächer
- Geschäftsführerin -



Veranstaltungskalender



GESCHÄFTSSTELLE VORSCHAU

DATUM / ORT	TITEL	INFORMATION
30.-31. Mai, Berlin Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Straße 119, 13355 Berlin	KONFERENZ Was war der Kommunismus – Ideologie und Praxis	In Kooperation mit dem Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität
31. Mai - 2. Juni, Berlin Europäische Akademie Berlin, Bismarckallee 46-48, 14193 Berlin	21. TAGUNG JUNGER OSTEUROPAEXPERTEN Äpfel, Birnen und Osteuropa: Vergleichsdesigns und -befunde zu einer divergenten Region	In Kooperation mit KomPost, der Europäischen Akademie Berlin und der Forschungsstelle Osteu- ropa der Universität Bremen

GESCHÄFTSSTELLE RÜCKSCHAU

DATUM / ORT	TITEL	INFORMATION
26.-27. Februar, Berlin	FACHKONFERENZ EU-Modernisierungsdialog mit Belarus: Ansätze für soziale und kommunalpoli- tische Reformen	Mit öffentlichem Auftaktpanel in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt, der Deutsch-Belarus- sischen Gesellschaft (dbg) / Minsk Forum, dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, der Heinrich-Böll-Stiftung, der Friedrich-Ebert- Stiftung und dem Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk
7.-8. März, Berlin	DGO-JAHERSTAGUNG 1913 TransNational: Osteuropa im Wandel 2013. 100 Jahre Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde	In Kooperation mit der Humboldt-Universität zu Berlin und dem Auswärtigen Amt (Tagungsbericht auf Seite 21)
18. März, Berlin	PODIUMSDISKUSSION „Usbekistan – das ignorierte Land“ Politische Ratlosigkeit im Umgang mit der Stagnation	In Kooperation mit der Uzbekistan Press Freedom Group
20.-21. März, Frankfurt/Oder	11. FRANKFURTER MEDIENRECHTSSTAGE Internet – Segen oder Fluch für die Medienfreiheit in Europa?	In Kooperation mit der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder und n-ost
22. April, Berlin	VORTRAG European and Euro – Atlantic Policy of the New Georgian Government	Alex Petriashvili, Staatsminister für Europäische und Euroatlantische Integration, in Kooperation mit der Europäischen Akademie Berlin und dem europäischen Nachrichtendienst Euractiv

Programme der Tagungen sowie Hinweise
zur Anmeldung finden Sie auf unserer Website
unter <http://www.dgo-online.org/events/>

ZWEIGSTELLEN VORSCHAU

DATUM / ORT	TITEL	INFORMATION
BAMBERG 17. Mai 2013, 14.00 Uhr	VORTRAG Wege aus der Gewalt. Nikita Chruscht- schow und die Entstalinisierung	Prof. Dr. Jörg Baberowski (Berlin) Ort: wird noch bekannt gegeben
26. Juni 2013, 18.15 Uhr	VORTRAG Russland als Vielvölkerreich: Historische Perspektiven auf eine aktuelle Frage	Prof. Dr. Michael Khodarkovsky (Chicago) Ort: Universität Bamberg (Geb. 2), Raum MG2/00.10, Markusstraße 8a, 96047 Bamberg
BREMEN 7. Mai 2013, 18.15 Uhr	VORTRAG Der Kosmos als Lebensgefühl oder Die neuen Koordinaten sowjetischer Lebenswelten	Dr. Julia Richers (Bern) Ort: Forschungsstelle Osteuropa an der Univer- sität Bremen, Raum 3790, Klagenfurter Straße 3, 28359 Bremen
14. Mai 2013, 18.15 Uhr	VORTRAG Schwierige Übergänge. Polen 1989/90	Prof. Dr. Joachim von Puttkamer (Jena) Ort: Haus der Wissenschaft, Sandstraße 4/5, 28195 Bremen
21. Mai 2013, 18.15 Uhr	VORTRAG Meždunarodniki und Afgantsy. Die Sowjetunion und die „Dritte Welt“ in der Brežnev-Ära	Martin Deuerlein (Tübingen) Ort: Forschungsstelle Osteuropa an der Univer- sität Bremen, Raum 3790, Klagenfurter Straße 3, 28359 Bremen
DÜSSELDORF 20. Juni 2013, 19.00 Uhr	FILMVORFÜHRUNG UND LESUNG Unerkannt durch Freundesland. Illegale Reisen durch das Sowjetreich	Mit Ekkehard Maaß (Berlin) Ort: Gerhart-Hauptmann-Haus, Deutsch- Osteuropäisches Forum, Bismarckstr. 90, 40210 Düsseldorf
ERLANGEN / NÜRNBERG 2. Mai 2013, 18.15 Uhr	VORTRAG Friedliche Koexistenz als gemeinsamer Nenner: Internationalismus, Dekoloni- sierung und die Gründung der Block- freien	Nastaša Mišković (Zürich) Ort: Universität Erlangen-Nürnberg, Raum C 201, Bismarckstraße 1, 91054 Erlangen
18. Juli 2013, 18.15 Uhr	VORTRAG Das Zarenreich im Iran, 1880-1914	Moritz Deutschmann (Florenz) Ort: Universität Erlangen-Nürnberg, Raum C 201, Bismarckstraße 1, 91054 Erlangen

ZWEIGSTELLEN VORSCHAU

DATUM / ORT	TITEL	INFORMATION
FREIBURG 7. Mai 2013, 14.00 Uhr	FILMVORFÜHRUNG UND GESPRÄCH Die alten Weiber (Dokumentarfilm, Deutschland 1996)	Mit Günter Kotte (Berlin) Ort: Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Kollegengebäude I, Raum 1234, Platz der Universität 3, 79098 Freiburg
7. Mai 2013, 18.00 Uhr	HÖRSTÜCK UND GESPRÄCH Stalins Stimme. Jurij Borisowitsch Levitan (Hörstück, Deutschland 2012)	Mit Günter Kotte (Berlin) Ort: Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Kollegengebäude IV, Raum 4429, Rempartstraße 15, 79098 Freiburg
2. Juli 2013, 18.00 Uhr	VORTRAG Die „Grundlagen der orthodoxen Kultur“ als neues Schulfach	Prof. Dr. Jutta Scherrer (Paris) Ort: Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Kollegengebäude IV, Raum 4429, Rempartstraße 15, 79098 Freiburg
HANNOVER 31. Mai (19.00 Uhr) – 1. Juni 2013 (9.00 – 17.30 Uhr)	KONFERENZ Zentren und Peripherien in Imperien	Mit Dr. Dariusz Adamczyk (Warschau/Münster), Dr. Christian Cwik (Graz/La Habana), Prof. Dr. Michael Zeuske (Köln) Ort: 31. Mai: Volkshochschule Hannover, Raum 214, Theodor-Lessing-Platz 2, 30159 Hannover; 1. Juni: Volkshochschule Calenberg, Langenäcker 38, 30890 Barsinghausen
7. Juni 2013, 16.00 Uhr	VORTRAG Reinhard Wittram oder die Illusion einer baltischen Variante des Nationalsozialismus	Dr. Blazej Bialkowski (Berlin) Ort: Historisches Seminar der Universität Hannover, Raum B 108, Im Moore 21, 30167 Hannover
KÖLN / BONN 6. Juni 2013, 19.00 Uhr	PODIUMSDISKUSSION Zwischen Laizismus und Klerikalismus? Ein Gespräch über Religion und Politik in Europa	Mit Prof. Dr. David Capitant (Paris), PhDr. Miroslav Kunštát (Prag), Prof. Dr. Stefan Muckel (Köln) und Prof. Dr. Stanislaw Obirek (Warschau) Ort: Lew Kopelew Forum, Neumarkt 18a, 50667 Köln
MÜNCHEN 30. April 2013, 18.30 Uhr	VORTRAGSVERANSTALTUNG „Die Einschnürung der Russischen Zivilgesellschaft“ und „Aspekte politischer und sozialer Ungleichheit in Putins Russland“	Mit Prof. Dr. Friedrich-Christian Schroeder (Regensburg) und Prof. Dr. Margareta Mommsen (München) Ort: Carl Friedrich von Siemens Stiftung, Südliches Schlossrondell 23, 80638 München

ZWEIGSTELLEN RÜCKSCHAU

DATUM / ORT	TITEL	INFORMATION
BOCHUM 30. Januar 2013	VORTRAG Der Streit um das neue Schulfach „Osnovy pravoslavnoj kul'tury“	Prof. Dr. Jutta Scherrer (Paris)
BREMEN 22. Januar 2013	VORTRAG Der Amerikanismus in der visuellen Kultur Osteuropas (1920er-1950er Jahre)	Marina Dmitrieva (Leipzig)
DÜSSELDORF 29. Januar 2013	VORTRAG Die „Grundlagen der orthodoxen Kultur“ Zum Kulturverständnis der russischen Kirche	Prof. Dr. Jutta Scherrer (Paris)
FREIBURG 29. Januar 2013	VORTRAG The Napoleonic War of 1812 in the Russian Memoirs and the Russian society's historical memory	Prof. Dr. Tat'jana Saburova (Omsk)
GIESSEN / MARBURG 16. April 2013	AUSSTELLUNGSERÖFFNUNG Menschenrechte und Zivilgesellschaft in Belarus	Mit Julia Richter (Gießen), Dr. Joerg Forbrig (Berlin), Dr. Henadz Sahanovic (Vilnius)
23. April 2013	ZEITZEUGENGESPRÄCH Für eine Zukunft nach Tschernobyl und Fokushima	Mit Oleksij Breus (Kiew) und Anatolij Kifa (Kiew)
24. April 2013	ZEITZEUGENGESPRÄCH Mit Tschernobyl leben	Mit Oleksij Breus (Kiew) und Anatolij Kifa (Kiew)
GÖTTINGEN / KASSEL 11. April 2013	VORTRAGSVERANSTALTUNG Integration and Counterintegration: Chances and Challenges of the Eurasian Concept	Mit Marina Voskanian (Moskau) und Dr. Andrey Kobaykov (Moskau)
KONSTANZ 24. Januar 2013	VORTRAG Zwischen russischer Demokratie-Bewegung und neuer Präsidentschaft – Restauration oder Niedergang des Systems Putin?	Dr. Benno Ennker (Tübingen / St. Gallen)
MÜNCHEN 15. Januar 2013	VORTRAG Democratic Institutions in Crisis?	Iveta Radičová (Oxford) (Tagungsbericht auf Seite 20)
REGENSBURG 6. Februar 2013	VORTRAG Kaliningrad – Königsberg: Russlands Enklave an der Ostsee	Aleksandr Komissarov (Göttingen/Kaliningrad)
TÜBINGEN 7. Januar 2013	VORTRAG Refugium Punkrock? Jugendkultur in der späten Sowjetunion am Beispiel der Stadt Vilnius	Christian Werkmeister (Jena)

OSTEUROPA

OSTEUROPA Recht Länderanalysen

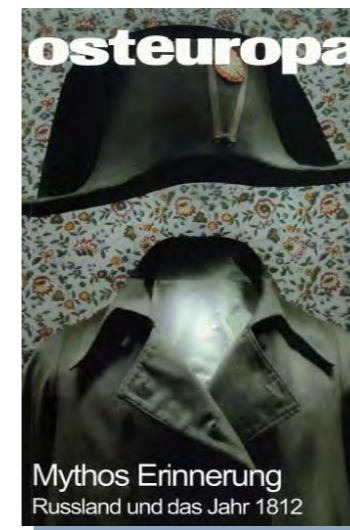
Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der Lieferadresse per Mail an osteuropa@dgo-online.org oder teilen Sie uns Ihre Bestellung telefonisch mit: 030/30 10 45 -81/-82.

OSTEUROPA



OSTEUROPA 11-12/2012 trägt den Titel „Witold Lutosławski. Ein Leben in der Musik“ und widmet sich dem polnischen Komponisten Witold Lutosławski, der in diesem Jahr seinen 100. Geburtstag feiern würde. Er ist ein Klassiker der Avantgarde. Musikwissenschaftler, Musiker, Schüler und Kollegen Lutosławskis geben auf 160 Seiten in Analysen, Essays und Interviews neue Einblicke in Leben und Werk des großen polnischen Komponisten des 20. Jahrhunderts. Anne-Sophie Mutter erzählt von ihrer Begegnung mit Lutosławski, der ihr die Welt der Neuen Musik eröffnete. Die Komponisten Krzysztof Meyer und Vladimir Tarnopol'skij berichten vom Einfluss Lutosławskis auf das polnische und das sowjetisch-russische Musikleben. Eine CD mit Lutosławskis Cellokonzert und Meyers Farewell Music runden das Heft ab.

Der Band hat 160 Seiten und enthält zahlreiche Abbildungen sowie eine Audio-CD. Mitglieder können ihn zu einem Sonderpreis von 17,00 Euro (statt 22,00 Euro) erwerben.



OSTEUROPA 1/2013: Das Themenheft „Mythos Erinnerung. Russland und das Jahr 1812“ nimmt die Formen und Funktionen der Inszenierung einer „Erinnerung“ an die Schlacht von Borodino und den Sieg über Napoleon im Jahr 1812 in den Blick. Immer geht es darum, das kollektive Gedächtnis zu konstituieren, Herrschaft zu legitimieren und das Volk für den Kampf gegen äußere Feinde zu mobilisieren. Die Versuche reichen von den Napoleon-Karikaturen des Jahres 1812 über die seit Ende der 1820er Jahre geplante Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale, bei deren Einweihung 1882 Tschaikowskys „Ouverture 1812“ gespielt wurde, bis zur Eröffnung eines neuen „Museums des Vaterländischen Kriegs“ im Jahr 2012. Der Krieg gegen Napoleon ist in Russland allgegenwärtig, als sei er gerade erst zu Ende gegangen: im Kanon der russischen Literatur und im Konditorei-Sortiment, in Putin-Reden und in Borodino-Reenactments, in Herrscher-Porträts und Medvedev-Witzen.

Der Band hat 176 Seiten und ist reich illustriert (43 Abb.). Mitglieder können ihn zu einem Sonderpreis von 11,00 Euro (statt 15,00 Euro) erwerben.

INHALT

Editorial
Der Klang der Moderne

Danuta Gwizdalanka
Klassiker der Avantgarde
Witold Lutosławski: Leben und Werk

Anne-Sophie Mutter
„Ein neuer musikalischer Kosmos“
Über Witold Lutosławski

Dorota Szwarzman
Auf den Schultern von Riesen
Lutosławski und seine Vorgänger

Dorota Kozińska
Gründe und Abgründe
Lutosławski und der Sozialistische Realismus

Maciej Gołąb
Lutosławski auf der Suche
Elemente und Ursprünge des Frühwerks

Krzysztof Meyer
Pan Lutosławski
Erinnerungen an meinen Lehrer und Freund

Sebastian Borchers
Von Warschau nach Darmstadt und zurück
Lutosławski, Penderecki und Górecki

Rüdiger Ritter
Heißhunger auf Neue Musik
Das Ende des Stalinismus und der Warschauer Herbst

Wojciech Kuczok
Unsortierte Bemerkungen
Von Lutosławski zur schlesischen Komponistenschule

Adrian Thomas
Das Cello-Konzert lesen
Lutosławski und die Literatur

Izabela Antulov
Wütender Antagonismus
Lutosławskis Cello-Konzert

Vladimir Tarnopol'skij
„Ein Symbol der Freiheit“
Lutosławskis Einfluss auf die Sowjetunion

Adam Wiedemann
Heiliger Witold, bitte für uns

INHALT

Anna Ananieva, Klaus Gestwa
1812 in Russland und Europa
Inszenierung, Mythen, Analyse

Vadim Parsamov
Mythos und Ideologie
1812 und die Idee des „Volkskriegs“

Elisabeth Cheauré
„Adler im Kopf, Schlangen im Herzen ...“
Napoleon, Borodino und die russische Identität

Elena Višlenkova
Feiger Feind, edles Volk
Russische Karikaturen im Krieg von 1812

Regine Nohejl
„Ruhm dir auf ewig, Borodino!“
Der Vaterländische Krieg in Russland 2012

Denis Sdvižkov
Unbequemes Gedächtnis
Borodino und Leipzig

Boris Belge
Kanonendonner und Glockenklänge
Petr Čajkovskijs Festouvertüre 1812

Christine Engel
„Krieg und Frieden“
1812 bei Tolstoj und bei Dornhelm

Konstantin Rapp
Der „Vaterländische Krieg“
Das Jubiläum 1912

Igor' Ermačenko
Im Prisma des Sieges
Russisch-japanischer Krieg und Erster Weltkrieg

Hans Hecker
1812 – Napoleon in Russland
Eine Literaturschau

Karlheinz Kasper
„Manuskripte brennen nicht“
Russische Literatur in Erst- und Neuübersetzungen 2012

Klaus Segbers
Fehlgedeutete Mängelliste
Zur angeblichen Krise der Russlandexpertise



OSTEUROPA 2-3/2013 trägt den Titel „Zeit im Spiegel. Das Jahrhundert der Osteuropaforschung“. In dem Themenheft diskutieren Historiker und Slawisten, Politikwissenschaftler und Geografen, Juristen und Religionswissenschaftler Vergangenheit und Zukunft ihres Faches und des deutschen Blicks auf Osteuropa. Es geht um Faszination und Feindschaft, um Annäherung und Abgrenzung, um wissenschaftliche Erkenntnis und Mitwirkung an Krieg und Völkermord.

Der Band hat 320 Seiten und enthält 80, z.T. farbige Abbildungen. Mitglieder der DGO können ihn wie immer zu einem Sonderpreis von 20,00 Euro (statt 24,00 Euro) erwerben.

INHALT

Editorial

Sisyphosarbeit

Karl Schlögel

Den Verhältnissen auf der Spur

Das Jahrhundert deutscher Osteuropaforschung

Ulrich Schmid

Ende und Neubeginn der Philologie

Perspektiven für die Slavistik

Stefan Troebst

Sonderweg zur Geschichtsregion

Die Teildisziplin Osteuropäische Geschichte

Streit der Fakultäten

Debatte: Area Studies und Fachdisziplinen

Karl Pingé

Ein Jahrhundert Ostkirchenkunde

Aufstieg und Niedergang einer Disziplin

Margareta Mommsen

Paradigmenwechsel

60 Jahre politikwissenschaftliche Osteuropaforschung

„Von Polen können wir lernen“

Rita Süsmuth: Wissenschaft und Politik als Beruf

Anke Hilbrenner

Die doppelte Nische

Historiographie der Juden Osteuropas in Deutschland

Caroline von Gall

Alles, was Recht ist

Vergangenheit und Zukunft der rechtswissenschaftlichen Osteuropaforschung

Symbol des europäischen Wertesystems

Angelika Nußberger über den EGRM

Susanne Marten-Finnis

Atavistische Rituale als Boten der Moderne

100 Jahre Le Sacre du Printemps

Dietrich Beyrau

Angst und Neugier

Die Sowjetunion in der historischen Forschung der Bundesrepublik während des Kalten Krieges

Hans-Dietrich Schultz

Noch Europa oder schon „Halb-Asien“?

Die deutsche Länderkunde und Europas Osten

Jan Kusber

Die Kontinuität der Fremdheit

Russland als das „Andere“

Strategie ist möglich

Diplomat Huterer über Deutschlands Ostpolitik

Timm Beichelt

Verkannte Parallelen

Transformationsforschung und Europastudien

Anne Hartmann

Im Getümmel

Unfrisierte Stimmen aus der universitären Praxis

Otto Hoetzsch

Denkschrift zwecks Gründung einer Deutschen Gesellschaft zum Studium Russlands

OSTEUROPA Recht



OSTEUROPA-Recht 4/2012 widmet sich dem Status der Nichtbürger in Lettland und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo. In weiteren Artikeln behandeln die Autoren u.a. die polnische Verfassungsgerichtsbarkeit.

INHALT

Sanita Osipova

Der Status der Nichtbürger in der Republik Lettland

Matthias Hartwig

Das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo – Vorgeschichte und „Urteils“-kritik

Ilmar Selge

Die Entscheidung des estnischen Staatsgerichts zum ESM-Vertrag

Sokol Sadushi

Legal Norms as Objects of Constitutional Court Jurisdiction

Sylvia Jarosz-Żukowska

Verbot der Wiederholung verfassungswidriger Normen – Bemerkungen zur Praxis der Vollstreckung von Entscheidungen des polnischen Verfassungsgerichtshofs durch den Gesetzgeber

Bogusław Banaszak

Das demokratische Rechtsstaatsprinzip in der Rechtssprechung des polnischen Verfassungsgerichtshofs

Radosław Grabowski

Ursprung und Entwicklung des polnischen Staatswappens



INHALT

Madis Ernits

Zur Rechtssprechung und Dogmatik der Gleichheitsgrundsätze in Estland

Paloma Krööt Tupay

Verfassungsinterpretation für Europa – das Ende des estnischen Verfassungsrechts?

Eve Liblik, Ilmar Selge

Bedarf und Ausmaß der Beschränkung von Grundrechten und -freiheiten in Pflegeeinrichtungen in Estland und anderen europäischen Staaten

Milda Vainiutė, Darius Beinoravičius

Die verfassungsrechtliche Stellung der litauischen Sprache als Staatssprache: Schwerpunkte

Dace L. Lutere-Thümmel, Aivars Lošmanis

Neuere Entwicklungen des litauischen Strafrechts – Zwischen Strafe und Regulierung

Máté Julesz

Umweltstrafrecht in Ungarn und Deutschland

LÄNDERANALYSEN

Die DGO ist Mitherausgeberin eines Verbunds von Länderanalysen, die aktuelle Analysen, Fakten und Chroniken der Entwicklungen in Osteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien bieten. Alle Analysen sind unter www.laender-analysen.de kostenlos zugänglich.

BELARUS-ANALYSEN

Belarus-Analysen Nr. 10 (31.01.2013): Arbeitsmigration und Fachkräftemangel

ANALYSE: Abstimmung mit den Füßen? Arbeitsmigration und Fachkräftemangel als Herausforderung für das belarussische Regime
Astrid Sahn, Berlin

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT: Bevölkerung, Gehälter, Arbeitsmarkt

DOKUMENTATION: Belarussische Pressestimmen zum Präsidialdekret Nr. 9 vom 7. Dezember 2012

UMFRAGE: Bewertung des Präsidialdekretes Nr. 9 vom 7. Dezember 2012

CHRONIK: Vom 27. November 2012 bis zum 31. Januar 2013

Belarus-Analysen Nr. 11 (05.04.2013): Modernisierungsdialo g und Wohnungspolitik

EDITORIAL: Soziale und kommunalpolitische Reformen als Thema des EU-Modernisierungsdialo gs mit Belarus

Astrid Sahn, Berlin

ANALYSE: Paternalistische Versorgungsmentalität versus Selbstverwaltung. Die Situation der Wohnungseigentumsverwaltung in Belarus

Henads Kaljonau, Minsk

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT: Wohnungssektor und kommunale Dienstleistungen

UMFRAGE: Die Beziehungen von Belarus und der EU in Meinungsumfragen

CHRONIK: Vom 1. Februar bis 31. März 2013

POLEN-ANALYSEN

Polen-Analysen Nr. 119 (15.01.2013): Junge Polen und die Demokratie

ANALYSE: Der Wähler 2.0. Junge Polen über Politik und Demokratie

Marta Gałazka, Warschau

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT: Umfragen zu Demokratie, Politik und Internetnutzung

CHRONIK: Vom 4. Dezember 2012 bis zum 14. Januar 2013

Polen-Analysen Nr. 120 (05.02.2013): Die katholische Kirche in Polen

ANALYSE: Die Lage der katholischen Kirche in Polen
Theo Mechtenberg, Bad Oeynhausen

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT: Glaube und Kirche in Polen

CHRONIK: Vom 15. Januar bis zum 4. Februar 2013

Polen-Analysen Nr. 121 (19.02.2013):

Der Arbeitsmarkt in Polen

ANALYSE: Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik in Polen

Maciej Duszczyk, Warschau

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT: Statistiken zur Arbeitslosigkeit und Emigration

CHRONIK: Vom 5. bis zum 18. Februar 2013

Polen-Analysen Nr. 122 (05.03.2013):

Wachstumsfaktor Good Governance

ANALYSE: Die Qualität von governance in Polen

Sebastian Ptóciennik, Breslau

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT: Bedingungen für Unternehmen in Polen im internationalen Bereich („Ease of Doing Business-Index“)

CHRONIK: Vom 19. Februar bis zum 4. März 2013

RUSSLAND-ANALYSEN

Russland-Analysen Nr. 250 (25.01.2013):

Der russische Traum – Perspektiven der sozialen und politischen Entwicklung

KOMMENTAR: Über die Misere der Osteuropaexpertise. Die Bundesrepublik braucht ein Forschungszentrum für den postsowjetischen Raum

Hans-Henning Schröder, Berlin

ANALYSE: Russlands Traum: Gerechtigkeit, Freiheit und ein starker Staat

Felix Hett und Reinhard Krumm, Berlin

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT: Umfragen zum Russischen Traum

ANALYSE: Gesellschaftliche Perspektiven im Jahre 2013. Wandel der Sozialstruktur und Regimeakzeptanz

Hans-Henning Schröder, Berlin

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT: Russland 2012 und 2013 in Umfragen

NOTIZEN AUS MOSKAU: Sergej Magnitskij, Dima Jakowlew und der Aufstand der Anständigen

Jens Siegert, Moskau

CHRONIK: Vom 1. bis zum 24. Januar 2013

Russland-Analysen Nr. 251 (08.02.2013):

Die russische Wirtschaftspolitik 2012 und 2013

ANALYSE: „Reformtuning“ und tatsächlicher Fortschritt: Russlands Wirtschaftspolitik

Gunter Deuber und Andreas Schwabe, Wien

STATISTIK: Aktuelle Wirtschaftsdaten

RANKING: Die fünfzig führenden russischen Politiker des Jahres 2012

UMFRAGE: Politische Stimmungen in Russland

NOTIZEN AUS MOSKAU: „Russlands Traum“ ist vorerst ausgeträumt

Jens Siegert, Moskau

CHRONIK: Vom 24. Januar bis zum 7. Februar 2013

Russland-Analysen Nr. 252 (22.02.2013):

Die Magnitsky-Liste und das NGO-Gesetz

ANALYSE: Gesetze und NGOs in Russland

Bill Bowring, London

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT: Zivilgesellschaft und „Ausländische Agenten“

DOKUMENTATION: Wir sind keine Agenten!

ANALYSE: Russlands Reaktion auf den „Magnitsky Act“ und die Beziehungen zum Westen

Ben Aris, Moskau

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT: Einstellungen zum Magnitsky-Fall, „Pussy Riot“ und Protesten

UMFRAGE: Die Magnitsky-Liste in russischen Meinungsumfragen; Das „Dima-Jakowlew-Gesetz“ – die russische Antwort auf die Magnitsky-Liste

NOTIZEN AUS MOSKAU: NGO-Agenten-Gesetz – vom kontrollierten Koma aufs Sterbebett?

Jens Siegert, Moskau

CHRONIK: Vom 7. bis zum 21. Februar 2013

Russland-Analysen Nr. 253 (08.03.2013):

Die russische Medienlandschaft

ANALYSE: Putin und Russlands gelähmte Medien

Robert W. Orttung und Christopher Walker, Washington D.C.

ANALYSE: Kommunikation mit dem Volk: Russlands Politiker online

Natalia Moen-Larsen, Oslo

ANALYSE: Open Government – Partnerschaft in einem unfreien Regime?

Irina Busygina, Moskau und *Michail Filippov*, Binghamton (NY)

DOKUMENTATION: Verbreitung von Printmedien in Russland. Zuschauer- und Hörerzahlen elektronischer Medien

UMFRAGE: Die russische Medienlandschaft in Umfragen

RANKING: Russische Milliardäre in der Forbesliste 2013

CHRONIK: Vom 21. Februar bis zum 6. März 2013

LESEHINWEIS: Abstracts der Artikel aus Osteuropa 1/2013

Russland-Analysen Nr. 254 (22.03.2013):

Russland und Syrien

VON DER REDAKTION: Die Osterpause und danach

ANALYSE: Russlands Syrienpolitik: Interessen, (Miss)erfolge, Chancen für eine gemeinsame Konfliktlösung

Margarete Klein, Berlin

ANALYSE: Die Auswirkungen des Syrienkonfliktes auf Russlands Beziehungen zu anderen Ländern im Nahen Osten und Nordafrika

Mark N. Katz, Fairfax (VA)

ANALYSE: Bürgerkrieg oder Antiterror-Kampf? Der Syrienkonflikt im Spiegel der russischen Medien

Philipp Casula, Zürich

STATISTIK: Handel zwischen Russland und Syrien nach offiziellen Angaben. SIPRI über Waffenlieferungen an Syrien

UMFRAGE: Der Syrienkonflikt in russischen Umfragen

NOTIZEN AUS MOSKAU: Was tun mit Russland? Wie die USA und die EU aus unterschiedlichen Gründen zur gleichen Russlandpolitik finden

Jens Siegert, Moskau

CHRONIK: Vom 6. bis zum 21. März 2013

RUSSIAN ANALYTICAL DIGEST

Russian Analytical Digest No. 122 (04.02.2013):

Pussy Riot

ANALYSIS: Failed for Now: Pussy Riot and the Rule of Law in Russia

Caroline von Gall, Cologne

ANALYSIS: The Pussy Riot Trial and the Russian Orthodox Church

Thomas Bremer, Münster

Russian Analytical Digest No. 123 (21.02.2013):

The Russian Media Landscape

ANALYSIS: Putin and Russia's Crippled Media

Robert W. Orttung und Christopher Walker, Washington, D.C.

ANALYSIS: Open Government Partnership in a Regime that Is Not Free?

Irina Busygina, Moscow, and *Mikhail Filippov*, Binghamton, U.S.

ANALYSIS: Communicating with the Nation: Russian Politicians Online

Natalia Moen-Larsen, Oslo

Russian Analytical Digest No. 124 (18.03.2013):

Domestic Politics

ANALYSIS: Divisions within the Russian Political Elites

David Lane, Cambridge

ANALYSIS: Forward to the Past! The President's Message to the Federal Assembly

Hans-Henning Schröder, Berlin

ANALYSIS: The Russian Dream: Justice, Liberty, and a strong state

Felix Hett und Reinhard Krumm, Berlin

ANALYSIS: Seven Challenges of the Russian Protest Movement

Oleg Kozlovsky, Washington

**Russian Analytical Digest No. 125 (25.03.2013):
Russia's Relations with Turkey, Romania and
Bulgaria**

ANALYSIS: Russian-Turkish Relations in the 21st Century, 2000-2012
Şener Aktürk, Istanbul
ANALYSIS: What Is So Special about Russian-Turkish Economic Relations
Natalia Ulchenko, Moscow
ANALYSIS: Hard Bargaining amongst Friends: An Overview of Contemporary Russian-Bulgarian Relations
Kyryl Drezov, Keele, UK
ANALYSIS: Sill Talking Past Each Other: Romanian-Russian Relations
Simona R. Soare, Bucharest

UKRAINE-ANALYSEN

**Ukraine-Analysen Nr. 111 (22.01.2013):
Wirtschaft in den Regionen. Aktuelle Sozialdaten.
Konflikt auf der Krim.**

ANALYSE: Die räumliche Differenzierung der ukrainischen Wirtschaft. Die regionale Ebene
Vlad Mykhnenko, Birmingham
TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT: Regionale Wirtschaftskennzahlen
STATISTIK: Aktuelle Sozialdaten
DOKUMENTATION: Konflikt auf der Krim
TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT: Umfragen zur kulturellen Orientierung der Bevölkerung der Krim
CHRONIK: Vom 12. Dezember 2012 bis zum 22. Januar 2013

**Ukraine-Analysen Nr. 112 (12.02.2013):
Energiepolitik unter Viktor Janukowytsch.
Energiesparmaßnahmen. Der Fall „Pawlitschenko“.**

ANALYSE: Die Oligarchisierung des ukrainischen Energiesektors unter Wiktor Janukowytsch 2010-2012
Katerina Malygina, Bremen
KOMMENTAR: Steigerung der Energieeffizienz infolge energetischer Gebäudesanierung am Beispiel der Ukraine – Wertvolle Ergänzung kommunalpolitischer Entwicklungszusammenarbeit
Miriam Kosmehl, Kiew
TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT: Energieversorgung und -verbrauch in der Ukraine
DOKUMENTATION: Der Fall Pawlitschenko
Pressestimmen zum Fall Pawlitschenko
Umfragen zum Thema
CHRONIK: Vom 23. Januar bis zum 12. Februar 2013

**Ukraine-Analysen Nr. 113 (26.02.2013):
Die NATO und die Ukraine. Der EU-Ukraine-Gipfel.**

ANALYSE: Die Sicherheitspolitik der Ukraine und ihre Beziehungen zur NATO
Taras Kuzio, Washington
TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT: Militärausgaben und militärische Kooperation der Ukraine
DOKUMENTATION: Gemeinsame Presseerklärung zum EU-Ukraine-Gipfel
CHRONIK: Vom 13. bis zum 25. Februar 2013

**Ukraine-Analyse Nr. 114 (12.03.2013):
Zivilgesellschaft in der Ukraine.
NGO-Förderung durch die EU.**

ANALYSE: Zivilgesellschaft in der Ukraine: Struktur, Umfeld und Entwicklungstendenzen
Susan Stewart, Berlin
ANALYSE: Eher Partner als Geber – die EU und die ukrainische Zivilgesellschaft
Iryna Solonenko, Frankfurt/Oder
STATISTIK: Zivilgesellschaft in der Ukraine
PRESSESTIMMEN: Zum EU-Ukraine-Gipfel
CHRONIK: Vom 26. Februar bis zum 12. März 2013

CAUCASUS ANALYTICAL DIGEST

**Caucasus Analytical Digest No. 46 (11.02.2013):
Protests in Azerbaijan**

ANALYSIS: Protests in Azerbaijan: Hot Months Expected Ahead of the Presidential Election
Aleksandra Jarosiewicz, Warsaw
ANALYSIS: Ismayilli: The Winter of Our Alarm
Arif Aliev, Baku
ANALYSIS: January 2013 in Azerbaijan: The Election Has Begun
Rashad Shirinov, Baku
INTERNATIONAL PRESS REVIEW: Media Reports on the Protest Actions in Azerbaijan
CHRONICLE: Opposition Protest Actions in Azerbaijan 2011-12
OPINION ROLL: The View of Azerbaijan's Population on Politics (2011)
CHRONICLE: From 12 December 2012 to 8 February 2013

**Caucasus Analytical Digest No. 47 (18.02.2013):
Energy and Politics**

ANALYSIS: TAP, Nabucco West and South Stream: The Pipeline Dilemma in the Caspian Sea Basin and Its Consequences for the Development of the Southern Gas Corridor
Julian Kuznir, Bremen
ANALYSIS: Oil and Political Stability in Azerbaijan: The Role of Policy Learning
Farid Guliyev, Bremen
CHRONICLE: From 10 to 18 February 2013

**Caucasus Analytical Digest No. 48 (03.03.2013):
Foreign Policy Changes in Georgia**

ANALYSIS: Georgia-Turkey Relations in a Georgian Dream Era
Michael Cecire, Philadelphia
OPINION: Georgia's European Choice: Has an Old Georgian Dream changed?
Kakha Gogolashvili, Tbilisi
The 2012 Parliamentary Elections in Georgia and changing Attitudes Toward Russia
David Sichinava, Tbilisi
OPINION ROLL: The Foreign Policy Preferences of the Georgian Population
The Role of the Russian Language in Georgia
CHRONICLE: From 19 February to 3 March 2013

**Caucasus Analytical Digest No. 49 (11.03.2013):
Georgian Politics**

ANALYSIS: The First One Hundred Days of the Georgian Dream: Opportunities Seized, Opportunities Lost
Julie A. George, New York
ANALYSIS: Georgia – Another Painful Step Forward
Tornike Sharashenidze, Tbilisi
OPINION ROLL: Attitudes Towards Government and Democracy After the Elections
CHRONICLE: From 4 March to 8 March 2013

ZENTRALASIEN-ANALYSEN

**Zentralasien – Analysen Nr. 61 (31.01.2013):
Menschenhandel. Interview mit der EU-Sonderbeauftragten für Zentralasien**

ANALYSIS: „Lebende Ware“ – Menschenhandel und Zwangsarbeit in Zentralasien und Russland
Brigitte Heuer, Berlin
TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT: Statistiken zum weltweiten Menschenhandel
DOKUMENTATION: EU will Partnerschaft mit Zentralasien weiter vertiefen. Interview mit der EU-Sonderbeauftragten für Zentralasien,
Patricia Flor
CHRONIK: Vom 15. Dezember 2012 bis zum 18. Januar 2013

**Zentralasien – Analysen Nr. 62 (01.03.2013):
Rechtsunsicherheit am Kaspischen Meer**

ANALYSIS: Rechtsunsicherheit zulasten von Wirtschaft und Natur. Die Regulierung der Nutzung von Energieressourcen des Kaspischen Meeres und ihre grenzüberschreitende Umweltverträglichkeit.
Daria Boklan, Moskau und
Barbara Janusz-Pawletta, Almaty
STATISTIK: Daten zu Öl- und Gasvorkommen und ihrer Förderung in den Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres; Daten zur Umweltsituation im Kaspischen Meer
CHRONIK: Vom 26. Januar bis zum 22. Februar 2013

**Zentralasien – Analysen Nr. 63 (29.03.2013):
Islamisches Bankwesen in Kasachstan und
Kirgistan. Strategie 2050 in Kasachstan.**

ANALYSE: Zwischen Scharia und der Suche nach frischem Kapital. Über die Einführung des islamischen Bankwesens in Kasachstan und Kirgistan.
Alexander Wolters, Berlin
TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT: Daten zum Bankensektor in Kasachstan
DOKUMENTATION: Kasachstan – 2050. Realistischer Zukunftsplan oder vorschnelle Erfolgsmeldung? Kasachstanische (Internet-)Medien zur Strategie „Kasachstan – 2050“
Sozioökonomische Daten Kasachstans; Kasachstan in internationalen Rankings
CHRONIK: Vom 23. Februar bis zum 22. März 2013

Mitglieder

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR OSTEUROPAKUNDE E.V. MITGLIEDERVERSAMMLUNG

7. März 2013,
13.00 bis 16.00 Uhr in der
Humboldt-Universität
zu Berlin, Hörsaal 1.101
Dorotheenstraße 24,
10117 Berlin

1.

Tätigkeits- und Finanz- bericht für das Jahr 2012

Der Vizepräsident der DGO, Prof. Dr. Wolfgang Eichwede, begrüßte die Mitglieder der DGO und stellte fest, dass die Einladung zur Mitgliederversammlung fristgemäß und rechtzeitig an die Mitglieder versandt wurde. Er bat um ein kurzes Gedenken an das in den vergangenen zwölf Monaten verstorbene Mitglied Dr. Michael Libal. Danach übernahm die Präsidentin, Prof. Dr. Rita Süßmuth, die Versammlungsleitung und bat die Geschäftsführerin, Dr. Heike Dörrenbächer, um den Tätigkeits- und Finanzbericht für das Jahr 2012

Den Mitgliedern wurde vor der Mitgliederversammlung ein Tätigkeits- und Finanzbericht ausgehändigt. Der Tätigkeitsbericht erschien zum ersten Mal in einem neuen Design. Dr. Heike Dörrenbächer und Dr. Manfred Sapper berichteten über die Aktivitäten des vergangenen Jahres (siehe Geschäftsbericht und Rundbriefe 2012) und über die Planung 2013. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied, Prof. Dr. Thomas Bremer, trug den Finanzbericht vor und wies auf die finanziellen Engpässe hin, die zu einem großen Teil aus zwei Stellenerhöhungen in der Geschäftsstelle und in der Redaktion resultieren. Prof. Dr. Bremer schlug vor, die Einnahmen der Gesellschaft zu erhöhen und die Mitgliedsbeiträge von 36.- auf 45.- Euro (Studenten von 18.- auf 22.-Euro) ab dem Jahr 2014 zu erhöhen. Außerdem schlug das geschäftsführende Vorstandsmitglied der Mitgliederversammlung vor, den Preis des Abos für die Zeitschrift OSTEUROPA von 49.- auf 55.- Euro für Mitglieder und von 89.- auf 98.- für Nicht-Mitglieder ab 2014 zu erhöhen. Den erhofften Betrag an Mehreinnahmen schätzt die Geschäftsführerin auf ca. 15.000 Euro.

Die Präsidentin bat die Rechnungsprüfer Dr. Christian Meier und Prof. Dr. Franz-Lothar Altmann um ihren Bericht.

2.

Bericht der von der Mitgliederversammlung bestellten Rechnungsprü- fer für das Haushaltsjahr 2012

Prof. Dr. Franz-Lothar Altmann und Dr. Christian Meier führten am 1. März 2012 die Rechnungsprüfung in den Räumen der Geschäftsstelle der DGO durch. Prof. Dr. Franz-Lothar Altmann trug den Bericht der Rechnungsprüfer vor und stellte fest, dass es keine Beanstandung der Arbeit der Geschäftsstelle gegeben habe. Die Rechnungsprüfer schlossen sich dem Vorschlag des geschäftsführenden Vorstandsmitglieds, die Mitgliedsbeiträge und Abonnementpreise ab 2014 zu erhöhen, an. Außerdem baten sie die Zweigstellenleiter und

auch die DGO-Mitglieder um aktive Mitgliederwerbung, da 2012 die Zahl der aufgrund von Zahlungssäumnissen ausgeschlossenen und der ausgetretenen Mitglieder die Zahl der Neueintritte erstmals überstieg. Die Rechnungsprüfer lobten die Aktivitäten der Zweigstellen, insbesondere der besonders aktiven Zweigstellen, die im Jahr 2012 insgesamt 48 Veranstaltungen außerhalb Berlins angeboten haben.

Die Rechnungsprüfer schlugen die Entlastung des Vorstands vor.

3.

Die Präsidentin forderte die Mitglieder zur Aussprache über den Tätigkeits- und Finanzbericht auf. Danach stimmte die Mitgliederversammlung bei einer Gegenstimme für die vorgeschlagenen Erhöhungen der Mitgliedsbeiträge und der Abonnementpreise. Ab dem Jahr 2014 beträgt der Mitgliedsbeitrag 45.- Euro, für Studenten 22.- Euro.

Aussprache über den Tätigkeits- und Finanzbericht

Die Abonnements für die Zeitschrift OSTEUROPA betragen ab 2014 für Mitglieder 55.- Euro und 98.- Euro für Nicht-Mitglieder.

4.

Dr. Gabriele Gorzka beantragte die Entlastung des Vorstands für das Jahr 2012. Die Mitgliederversammlung stimmte diesem Vorschlag bei 11 Enthaltungen zu.

Entlastung des Vorstands

5.

Die Mitgliederversammlung wählte Prof. Dr. Franz Lothar Altmann und Dr. Christian Meier bei zwei Enthaltungen zu Rechnungsprüfern für das Jahr 2013.

Bestellung der Rechnungs- prüfer für das Haushaltsjahr 2013

6.

Die Präsidentin Rita Süßmuth verabschiedete sich nach 14 Jahren von der Mitgliederversammlung der DGO. Der Vize-Präsident dankte ihr im Namen aller Mitglieder für die außerordentlich engagierte und sehr erfolgreiche Arbeit für die DGO. Wolfgang Eichwede sprach davon, dass „eine Ära zu Ende gehe“ und brachte den Dank des Vorstands für die geleistete Arbeit in einer Laudatio auf die Präsidentin zum Ausdruck. Er bedankte sich insbesondere für ein Abschiedsgeschenk der besonderen Art: Rita Süßmuth hatte sich in der Vorstandssitzung am Vormittag bereit erklärt, den nächsten Förderpreis der DGO in Höhe von 1.000 Euro zu übernehmen. Diesem Dank schloss sich die Mitgliederversammlung an und verabschiedete sich mit lautem und lange anhaltendem Applaus von der scheidenden Präsidentin.

Neuwahlen des Vorstands

Danach teilte die Präsidentin mit, dass Hans-Henning Schröder ebenfalls nicht mehr für den Vorstand kandidierte und übergab die Wahlleitung an Prof. Dr. Franz-Lothar Altmann, der das Procedere der Wahl erklärte.

Zur Wahl stellten sich:

Als Präsident: Ruprecht Polenz, MdB, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses

Für den Vorstand : Prof. Dr. Thomas Bremer, Prof. Dr. Timm Beichelt, Prof. Dr. Wolfgang Eichwede, Prof. Dr. Caroline von Gall, Prof. Dr. Jan Kusber, Prof. Dr. Birgit Menzel, Prof. Dr. Sebastian Lentz, Prof. Dr. Rainer Lindner, Dr. Stefan Meister, Prof. Dr. Stefan Troebst.

Als erstes wurde per Akklamation Ruprecht Polenz bei 5 Enthaltungen gewählt. Die übrigen neun Vorstandsmitglieder wurden in geheimer Wahl gewählt.

7.

Verleihung des DGO-Förderpreises 2012

Während der Auszählung der Vorstandswahl fand die Verleihung des Förderpreises 2012 statt. Ein besonderer Dank der Präsidentin ging an Prof. Dr. Oskar Anweiler, der das Preisgeld in Höhe von 1.000 Euro gestiftet hatte. In diesem Jahr war die Auswahl des Preisträgers besonders schwierig, weil bei sechs eingereichten Arbeiten fünf mit summa cum laude bewertete Arbeiten vorlagen. Der Vorstand hatte sich entschieden, den diesjährigen Förderpreis der DGO an Dr. Jonas Grätz für seine Dissertation „Russland als globaler Wirtschaftsakteur: Handlungsressourcen und Strategien der Öl- und Gaskonzerne“ zu vergeben. Prof. Dr. Hans-Henning Schröder hielt die Laudatio. Die Geschäftsführerin bat die Mitgliederversammlung darum, weiterhin Werbung für den Preis zu machen und ggf. selbst Vorschläge für geeignete Kandidaten für das nächste Jahr einzureichen.

8.

Bekanntgabe des Wahlergebnisses

Die Auszählung der Stimmen ergab folgendes Ergebnis: Es wurden 75 Wahlzettel abgegeben, von denen einer ungültig war. In den neuen Vorstand gewählt wurden:



Ruprecht Polenz

- Prof. Dr. Timm Beichelt (63 Stimmen)
- Prof. Dr. Thomas Bremer (68 Stimmen)
- Prof. Dr. Wolfgang Eichwede (65 Stimmen)
- Prof. Dr. Caroline von Gall (66 Stimmen)
- Prof. Dr. Jan Kusber (62 Stimmen)
- Prof. Dr. Sebastian Lentz (55 Stimmen)
- Prof. Dr. Rainer Lindner (54 Stimmen)
- Prof. Dr. Birgit Menzel (56 Stimmen)
- Prof. Dr. Stefan Troebst (51 Stimmen)

Der Wahlleiter fragte die Kandidaten, ob sie die Wahl annehmen. Alle Kandidaten nahmen die Wahl an. Der Wahlleiter beglückwünschte die neu gewählten Vorstandsmitglieder und bat den neu gewählten Präsidenten, Ruprecht Polenz, die Leitung der Mitgliederversammlung zu übernehmen.

9.

Fachtagungen 2012

Der Präsident informierte, dass in diesem Jahr voraussichtlich nur die Fachtagung der Politikwissenschaftler geplant sei.

10.

Jahrestagung 2014

Der Termin und auch der Ort für die Jahrestagung 2014 stehen noch nicht fest. Mitglieder aus den Städten Münster, Bonn und Mainz bekundeten ihr Interesse, die Tagung durchzuführen. Prof. Dr. Franz-Lothar Altmann schlug als Thema „10 Jahre Osterweiterung 2014“ vor. Dr. Manfred Sapper schlug das Thema „Der osteuropäische Blick auf den 1. Weltkrieg“ vor. Der Vorstand wird entscheiden, wo die Tagung stattfinden soll.

11.

Verschiedenes

Es wurden keine Punkte behandelt. Ruprecht Polenz schloss die Veranstaltung um 15.40 Uhr und lud alle Mitglieder zum Festakt in das Auswärtige Amt sowie zum anschließenden Empfang ein.

Berlin, 9. April 2013

Dr. Heike Dörrenbächer, Geschäftsführerin
Ruprecht Polenz, MdB, Präsident

PERSONALIEN

Neuaufnahmen

- Bunout, Estelle / Berlin
- Grabowsky, Dr. Ingo / Bochum
- Halling, Steffen / Berlin
- Hartmann, Dr. Anne / Bochum
- Hofmann, Niklas / Berlin
- Kübler-Tesch, Dr. Joachim / Ludwigsburg
- Landau, Dr. Julia / Weimar
- Logvinov, Dr. Michail / Dresden
- Musekamp, Dr. Jan / Frankfurt/Oder
- Polenz, Ruprecht / Berlin, Münster
- Quiring, Manfred / Hohen Neuendorf
- Roll, Friedrich O.J. / Berlin
- Schulze, Brigitte / Weilheim

Abschiede

Libal, Dr. Michael / Berlin
verstorben am 17.11.2012

BUCHVERÖFFENTLICHUNGEN

Wir erhielten Nachricht von folgenden Buchveröffentlichungen unserer Mitglieder:

Mack, Manfred / Kneip, Matthias: *Polnische Gesellschaft. Darstellungen und Materialien für den Unterricht*, Cornelsen, Berlin 2012, 192 Seiten mit CD-ROM, 15,95 Euro, ISBN 978-3-06-064113-0.

Rytel-Schwarz, Danuta / Jurasz, Alina / Cirko, Leslaw / Engel, Ulrich: *Deutsch-polnische kontrastive Grammatik, Bd. 4: Die unflektierbaren Wörter*, Georg Olms Verlag, Hildesheim, Zürich, New York 2012, 400 Seiten, 49,80 Euro, ISBN 978-3-487-14785-7.

Rytel-Schwarz, Danuta / Mehlhorn, Grit / Trepte, Hans-Christian (Hg.): *Alteritäten: Literatur, Kultur, Sprache. Festschrift für Wolfgang F. Schwarz zum 65. Geburtstag*, Georg Olms Verlag, Hildesheim, Zürich, New York 2013, 294 Seiten, 39,80 Euro, ISBN: 978-3-487-14876-2.

Rytel-Schwarz, Danuta: *Taschenwörterbuch Polnisch/Deutsch, Deutsch/Polnisch*, Georg Olms Verlag, Hildesheim, Zürich, New York 2012, 768 Seiten, 19,95 Euro, ISBN: 978-3-487-08504-3.

Schneider, Eberhard: *Vom Reformen Medwedew zum Zaren Putin: Hauptlinien der russischen Innenpolitik 2008-2018*, epubli Verlag, Berlin 2012, 91 Seiten, 17,50 Euro, ISBN 978-3-8442-3046-8.

Merl, Stephan: *Politische Kommunikation in der Diktatur. Deutschland und die Sowjetunion im Vergleich*, Wallstein Verlag, Göttingen 2012, 186 Seiten, 9,90 Euro, ISBN 978-3-8353-1153-4.

Liebe Mitglieder,
bitte beachten Sie, dass sich ab 2014 die Mitgliedsbeiträge ändern werden:
> regulärer Beitrag: 45,00 Euro (statt 36,00 Euro)
> ermäßigter Beitrag für Studenten: 22,00 Euro (statt 18,00 Euro)



Vortragsveranstaltung der DGO-Zweigstelle München in Kooperation mit der Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien 15. Januar 2013, München

DEMOCRATIC INSTITUTIONS IN CRISIS?

Iveta RADÍČOVÁ, an der Oxford University promovierte Sozialwissenschaftlerin, war 2010 als erste Frau an die Regierungsspitze der Slowakei gewählt worden – eine Regierung, die 2012 an der Frage der Erweiterung des sogenannten EU-Rettungsschirms zerbrach.

Am 15. Januar sprach sie in der Carl Friedrich von Siemens Stiftung im Rahmen der neuen Veranstaltungsreihe „Forum“ der Münchner Zweigstelle der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. in Kooperation mit der Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien, die im Dezember 2012 aus Mitteln der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder an zwei Standorten – München und Regensburg – gegründet wurde. Dass sie als Rednerin für den ersten Vortrag gewonnen werden konnte, versprach einen gelungenen Auftakt für die Reihe, deren Ziel es ist, im Dialog von Wissenschaft und Öffentlichkeit politisch, kulturell und gesellschaftlich relevante Fragen zur Lage Ost- und Südosteuropas im transnationalen Kontext zu beleuchten.

Als Grenzgängerin zwischen Wissenschaft und Politik kennt Iveta Radičová beide Sphären und stellte zu Beginn ihres Vortrags fest: Es ist das Privileg der Wissenschaft, Fragen zu stellen, Zweifel zu diskutieren und nicht zu eindeutigen Lösungen kommen zu müssen, während die Politik eindeutige Antworten verlangt. Doch an diesem Abend sollten und durften die wissenschaftliche Reflektion und Diskussion zu ihrem Recht kommen.

Iveta Radičová beschrieb zunächst die Rolle der noch jungen Slowakei in Europa, um davon ausgehend nach der Situation Europas zu Zeiten der andauernden Finanzkrise zu fragen – worin besteht die Krise der europäischen Gesellschaft? Und vor allem: Hat die Finanzkrise auch die demokratischen Institutionen, die ein konstituierendes Merkmal moderner europäischer Gesellschaften sind, in die Krise gestürzt? Diese Frage drängt sich auf, wenn die Staatsverschuldung Griechenlands, aber auch anderer europäischer Länder, in der letzten Zeit immer wieder politisches und gesellschaftliches Thema ist und in diesem Zusammenhang sogar der europäische Gedanke in Frage gestellt wird.

Iveta Radičová, griff diese Frage auf, um auf übergeordneter Ebene weiter zu fragen: Welchen Stellenwert hat der Finanzmarkt für die Gesellschaft? Welche Konsequenzen haben die Entwicklungen der letzten Jahre für Europa? Am Beispiel der Slowakei illustrierte sie, wie Politik vom Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger abhängig ist. Die Kooperation der Zweigstelle München mit der Graduiertenschule erwies sich vor allem in der Diskussion im Anschluss an den Vortrag als Erfolg: Iveta Radičová diskutierte mit Studierenden und



Iveta Radičová

Doktoranden der Ost- und Südosteuropastudien die Bedeutung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in den Staat, das sie für das Funktionieren von Demokratie höher veranschlagte als das Verhalten der Finanzmärkte.

Der Vortrag wurde auf Video aufgezeichnet und wird ab Ende Mai als Video-Podcast auf der sich im Aufbau befindenden Website www.gs-oses.de kostenlos öffentlich zugänglich sein.

Bericht: Wiebke Rasumny
Foto: Friedrich Schmidt

1913 TRANSNATIONAL: OSTEUROPA IM WANDEL 2013

Die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) wird in diesem Jahr 100 Jahre alt. Zu diesem Anlass blickte sie im Rahmen der Jahrestagung am 7. und 8. März auf ein Jahrhundert der Osteuropawissenschaften zurück. Wie haben sich die einzelnen Disziplinen zu unterschiedlichen Zeiten entwickelt? Welche Rolle spielte die Osteuropaforschung in der bewegten deutschen Geschichte und wo steht sie heute?

Eine Analyse dieser Fragen sollten Podiumsdiskussionen und Vorträge mit internationalen Gästen aus den Bereichen Geschichte, Politik, Ökonomie, Recht und Öffentlichkeit liefern. Eröffnet wurde die Konferenz am 7. März im Europasaal des Auswärtigen Amtes durch einen Festakt und Festvortrag von Karl SCHLÖGEL.

In ihrem Grußwort betonte die scheidende Präsidentin der DGO, Rita SÜSSMUTH, die Wichtigkeit der Osteuropawissenschaften. Was bereits Otto Hoetzsch, der Gründer der Organisation, vor 100 Jahren feststellte, dass es mehr statt weniger Osteuropaforschung in Deutschland bedarf, gelte laut Rita Süßmuth auch heute wieder. Trotz der Neugestaltung der Weltordnung müssten die Nähe und das Verständnis für Osteuropa erhalten bleiben. Der neue Präsident der DGO, Ruprecht POLENZ, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, stellte im Anschluss fest, dass die Forschung und der Erkenntnisgewinn die Basis für die Zusammenarbeit und Einflussnahme Deutschlands in Osteuropa seien. Michael Georg LINK, Staatsminister im Auswärtigen Amt, strich die Bedeutung der Aktivitäten der DGO und deren Zeitschrift OSTEUROPA als Informationsquelle für seine Mitarbeiter heraus. Von der DGO wünsche er sich weiterhin eine „kritische und gegen den Strich gebürstete Beschäftigung mit Osteuropa.“

Karl Schlögel: Osteuropa im Wandel – zu welcher Zeit und zu welchem Zweck wurde in Deutschland Osteuropaforschung betrieben?

In seinem Vortrag zeichnete der Kulturhistoriker Karl Schlögel die Entwicklung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde sowie der Osteuropaforschung allgemein in einem Jahrhundert der Brüche, Wandlungen und Neuanfänge nach. Stets sei das Wirken der DGO und der Osteuropawissenschaften von den Ereignissen des 20. Jahrhunderts, dem Untergang der Imperien, den beiden Weltkriegen, dem Völkermord, dem Ost-West-Konflikt und dessen Ende geprägt gewesen. Bereits die Gründung der Gesellschaft falle mit 1913 in ein historisch bedeutendes Jahr. Das letzte Vorkriegsjahr markiere den Beginn von kolossalen historischen Veränderungen und „Gewalttätigkeiten“ gerade in den Räumen, die die DGO sich vorgenommen hatte, wissenschaftlich zu erkunden.

So brachte dann auch der Erste Weltkrieg die Tätigkeit der DGO zunächst einmal zum Erliegen. Als die Arbeit 1918 wieder aufgenommen wurde, wandelte sich der Untersuchungsgegenstand, das Russische Zarenreich, gerade zur

Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde in Kooperation mit der Humboldt-Universität zu Berlin und dem Auswärtigen Amt 7.-8. März 2013, Berlin



Rita Süßmuth, Michael Georg Link, Wolfgang Eichwede und Ruprecht Polenz

bolschewistischen Sowjetunion. Wahrscheinlich sei es, so Schlögel, die direkte Kriegserfahrung vieler Osteuropaforscher gewesen, die bewirkt habe, dass die DGO in den 20ern eine enge Bindung zur Sowjetunion einging. Ein Blick in die Themenwahl der 1925 gegründeten Zeitschrift OSTEUROPA könne das belegen.

Die wissenschaftliche Nähe zur Sowjetunion haben die Nationalsozialisten, laut Schlögel, als „kulturbolschewistische Linien“ diffamiert. Unter dem Begriff der „Ostforschung“ sollten von nun an wissenschaftliche Erkenntnisse nicht der Erkundung, sondern der Eroberung des Ostens dienen. Im Fokus der Aufmerksamkeit seien dabei die seit dem Vertrag von Versailles „verlorenen“ Gebiete sowie die deutschsprachigen Minderheiten gewesen, aber auch die Zentren jüdischen Lebens sowie eine rassistische Völkerkunde. Chefredakteur von OSTEUROPA wurde 1934 das NSDAP-Mitglied Werner Markert. Er forderte, wie Schlögel zitierte, die Politisierung der Studenten sowie deren Hinwendung zur Ostforschung. Gleichzeitig kündigte Markert an, fortan keine Texte jüdischer Autoren mehr ins Heft aufzunehmen. Die Zeitschrift, in der nun auch antijüdische Hetzschriften erschienen, wurde 1939 eingestellt.

Nach dem Krieg lagen die Osteuropastudien „nach einer physischen und moralischen Katastrophe“ in Scherben. Schlögel wies auf die Schwierigkeit innerhalb des Dilemmas von Brüchen und Kontinuitäten, Selbstkritik und Verschweigen hin, eindeutige Urteile über die Geschehnisse und Akteure der „Ostforschung“ zu fällen. Eine ernsthaft betriebene Aufarbeitung sprach Schlögel der Kriegsgeneration von Osteuropaforschern, zumindest in Westdeutschland, jedoch ab. Diesen Prozess hätten, neben den Studenten der 60er Jahre, die Forschungsprojekte zur Aufklärung der Rolle der Wissenschaften im Feldzug gegen den Osten eingeläutet.

Wieder einmal hätten sich die Bedingungen der Osteuropastudien, wie schon 1918 und 1933, radikal gewandelt, erklärte Schlögel. In Deutschland gab es in BRD und DDR nun zwei politisch entgegengesetzte Osteuropaforschungen. Darüber hinaus stand die Sowjetunion durch den Beginn des Kalten Krieges sowie der Grenzverschiebung nach Westen wieder klar im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Das gestiegene Interesse rückte auch die Osteuropaexperten auf beiden Seiten wieder ins Licht. Ob im Kampf gegen den Kommunismus oder als neue Freunde, Kenntnisse zur Sowjetunion waren wieder gefragt.

Die Renaissance der Osteuropaforschung in den 50er Jahren war, laut Schlögel, geprägt einerseits, vom Gram über den Verlust der Ostgebiete sowie der Erfahrung von Flucht und Vertreibung, bei völliger Ausblendung der Ursachen, sowie andererseits von der Entstehung der „area studies“, einer stark politisierten, innovativen wie intensiven „Feindbeobachtung“, d.h. Erkundung des Gegenüber.

Diese Haltung der absoluten Konfrontation wurde, wie Schlögel meinte, erst mit der „Anerkennung der Nachkriegsrealitäten“ sowie der Neuen Ostpolitik aufgeweicht. Die 68er-Generation brach mit dem „bloß eifernden Antikommunismus“, ohne sich allerdings sehr für die Realitäten in Mittel- und Osteuropa zu interessieren. Dass nun von Osteuropa gesprochen wurde, lag laut Schlögel vor allem an der Aufarbeitung der NS-Verbrechen. Die Studenten und jungen Wissenschaftler, die anders als die „Ostforscher“ bisher keinen Fuß in den Osten setzten, hätten durch die Beschäftigung mit den deutschen Verbrechen zwangsläufig dort landen müssen. Ereignisse wie die Wehrmachtsausstellung und Filme wie „Shoah“ von Claude Lanzmann hätten Osteuropa zurück in das Bewusstsein der Deutschen gebracht.

Zum Ende des Kalten Krieges, so Schlögel, fing die Vorstellung vom homogenen Ostblock an zu bröckeln. Das Einsickern der Wissenschaftler in die Gesellschaften des Ostens, der Kontakt zu der neu entstandenen Intelligenzija und der Austausch in Form der im Samizdat produzierten Schriften hätten eine neue Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft entstehen lassen.

Nachdem die Gräueltaten und Konfrontationen 1989 überwunden wurden, wandelten sich die Länder Osteuropas zu Freunden des Westens, der mit den Modellen von Demokratie, Freiheit und Marktwirtschaft unter den Menschen im Osten große Hoffnungen verbreitete. Als die Transformation von Markt und Gesellschaft ins Stocken geriet, hätten sich viele Osteuropaexperten die Frage nach der Sinnhaftigkeit des persönlichen Interesses gestellt. Schlögel spricht von der „Legitimitätsnot“ und dem Verlust von Illusionen. Andererseits böte die Situation auch einen „Zugewinn an Realität“, die Chance zur „Gegenstandsbestimmung“ und einer „neue[n] Selbstbegründung der Osteuropastudien“.

Die aktuelle Osteuropaforschung in Deutschland zeige sich trotz der oben genannten Probleme erstaunlich vital. Nirgendwo sonst sei die „Beschäftigung mit Osteuropa so breit, so intensiv, so reich und institutionell so wohl verankert“ wie hierzulande, betonte Schlögel. Unabhängig von politischen Trends habe sich ein stabiles System der Osteuropastudien in Form vielfältiger Institutionen und Disziplinen innerhalb der letzten 100 Jahre entwickelt und etabliert. Die letzten Jahrgänge der Zeitschrift OSTEUROPA dienten für diese „Vielfalt, Facettenreichtum und Treffsicherheit in der Wahl der Themen“ als gutes Beispiel. Dank einer neuen, transkulturellen Generation von Wissenschaftlern sei es gelungen, einen Austausch (Universitätspartnerschaften, Erasmus) zu ermöglichen, den es früher nicht gegeben habe. Auch jenseits der Wissenschaften sei Osteuropa zur Normalität geworden, wie Schlögel anhand der Medienpräsenz und dem wachsendem Reiseverkehr festmache.

Der zweite Konferenztag wurde von Jan-Hendrik OLBERTZ, Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) eröffnet. Er erinnerte daran, dass Otto Hoetzsch als Professor an der HU tätig war und von hier aus die Entwicklung der Osteuropastudien vorangetrieben habe. Auch deshalb besitze die Osteuropaforschung eine große Bedeutung für seine Universität, deren Bestreben es sei, sich im osteuropäischen Wissenschaftsnetzwerk weiter zu verankern.

Podiumsdiskussion:

Die Konstitution der Freiheit – warum Europa wichtig ist

Die Teilnehmer der anschließenden Podiumsdiskussion, moderiert von Wolfgang EICHWEDE, Historiker und Vizepräsident der DGO, sprachen über die heutige Bedeutung Europas und der Europäischen Union (EU). Der mühsame Einigungsprozess, der Verzicht auf nationale Kompetenzen zu Gunsten der Gemeinschaft, die Rückkehr zu Frieden und Freiheit galt lange als identitätsstiftend für die EU. Doch was kennzeichnet die heutige Beziehung der Bürger zur Union? Besitzt das Narrativ der Einigung heute noch Bindungskraft? Wie wichtig ist Europa? Was sind die Probleme, was die Perspektiven?

Władysław BARTOSZEWSKI, Außenminister Polens a.D., wurde als „Zeuge“ der Einigung nach der Bedeutung Europas und der Freiheit für die Polen befragt. In den Jahren nach dem EU-Beitritt hätten die Polen – traditionell zu Amerika hin orientiert – eine Bindung zu Europa entwickelt. Im Gegensatz zu Tschechien gebe es in Polen keine EU-Feindlichkeit, was die Wiederwahl der pro-europäischen Regierung bewiesen habe. Für Polen habe sich die Mitgliedschaft als praktisch erwiesen. Die junge Generation nutze zu hunderttausenden die Reise- und Arbeitsfreizügigkeit und lebe so die Ideale von Toleranz



Karl Schlögel

und Frieden vor. Bartoszewski betonte jedoch, dass Europa mehr sei als nur die EU. Europa beruhe auf gemeinsamen kulturellen und religiösen Werten, so dass auch Länder wie Belarus, die Ukraine, Georgien, Armenien und Israel europäisch seien.

Rita Süßmuth bezeichnete die europäische Einigung, den Weg „zurück zur Zivilisation“ als etwas „Besonderes“, das es an die heutige Generation zu vermitteln gelte. Wichtig sei die Schaffung einer demokratischen Kultur, die sich auf die Erfahrungen und Lehren der Vergangenheit stütze. Neben dem Christentum gehöre der Geist der Aufklärung zum europäischen Weg heraus aus der Unfreiheit. Die europäische Identität, so Süßmuth, sei der Respekt gegenüber Anderen, der Abbau von Vorurteilen sowie die Suche nach eigener Identität. Die Etablierung der Freiheit, des Respekts und der Toleranz sei noch nicht abgeschlossen. Im Inneren Europas müssten die Rechte von Kulturen und Nationen wie der Sinti und Roma gestärkt werden, nach außen solle der Dialog mit Russland und der Türkei aufrechterhalten werden. „Unsere Freiheit sollte auch die Freiheit der Anderen werden“, so Rita Süßmuth. Es gelte, die Gemeinsamkeiten zu betonen. Der Abbruch des Dialogs hingegen bedeute, so Süßmuth, den Beginn von Konfrontationen. Hier könne Deutschland von Polen lernen, das trotz Schmerzen den Dialog mit Russland führe.



Wolfgang Eichwede
und Hans-Dietrich
Genscher

Hans-Dietrich GENSCHER, Bundesminister des Auswärtigen a.D., ging auf die Wahrnehmung der EU in den Mitgliedstaaten ein. Manch EU-Bürger hielt Brüssel für etwas Abstraktes, „Außerirdisches“, dem man leichtfertig den „Schwarzen Peter“ zuschieben würde. Dabei sei die EU ein Resultat unserer eigenen Aktivitäten – „die EU sind wir alle“, betonte Genscher. Die Kultur des Zusammenlebens, die sich nach 1945 in Europa etabliert habe, sei zum Zeitpunkt der Gründung der DGO vor 100 Jahren noch undenkbar gewesen. Die EU habe sich zu einem globalen Erfolgsmodell entwickelt. Auch in Asien, Afrika oder Amerika folgten Länder dem europäischen Beispiel. Es sei unverständlich, wenn dieses Modell aufgrund kleinerer Streitigkeiten infrage gestellt würde. Schlechte Gesetze würden von schlechten Politikern gemacht. Niemand würde die Existenz der Bundesrepublik infrage stellen, nur weil ein unbeliebtes Gesetz verabschiedet würde. Neben der Tagespolitik sei die Garantie der Freiheit eine der Hauptaufgaben sowie Legitimationsgrundlage der EU.

Rita Süßmuth und Hans-Dietrich Genscher mahnten, dass Freiheit auch immer mit Verantwortung verbunden sei. Die aktuelle Finanzkrise sei ein Resultat der Verantwortungslosigkeit ökonomischer Akteure, aber auch einzelner Länder, und Willkür das Ergebnis. Europa dürfe nicht nur als Wirtschaftsraum verstanden werden. Die Schaffung einer Kultur der Demokratie werde durch Bildung gewährleistet, nicht durch den Markt. Aus den Verfehlungen und Regelüberschreitungen der letzten Jahre müssten Lehren für mehr Gerechtigkeit gezogen werden.

Die Diskussionsteilnehmer stimmten überein, dass auch der Islam zu Europa gehöre. Die EU solle offen für neue Mitglieder sein, so auch für eine Mitgliedschaft der Türkei.

Vortrag: Folgen der Entstalinisierung für Europa

Jörg BABEROWSKI, Historiker an der Humboldt-Universität zu Berlin, befasste sich mit den Entwicklungen in Politik und Gesellschaft in der Sowjetunion nach Stalins Tod. Ins Zentrum seiner Darstellung stellte er Nikita Chruschtschow, Parteichef ab 1953 und laut Baberowski „Vater der Entstalinisierung“.

Neben der Notwendigkeit, die Handlungsfähigkeit von Partei und Regierung nach der despotischen Alleinherrschaft Stalins wiederherzustellen, bezeichnete Baberowski die Entstalinisierung auch als ein Projekt der Moral. Chruschtschow habe mit der Schuld (auch seiner eigenen) nicht weiter leben wollen. Die Methoden des Roten Terrors, das „Spiel des Todes“ innerhalb der Führungskader sollten ein Ende haben und offen zur Sprache gebracht und verurteilt werden. Die Entstalinisierung sei eine vom Westen kaum wahrgenommene „zivilisatorische Leistung“ und „Friedensmission“ gewesen.

Für seine These, so Baberowski, spräche, dass Chruschtschow, wäre es ihm allein um die eigene Macht gegangen, anders hätte handeln können. Die öffentlichen Schuldzuweisungen gegen hohe Parteigenossen wie Berija, Kaganowitsch, Molotow und ihn selbst gefährdeten seinen Rückhalt unter den Funktionären. Die Reformen hätten viele Genossen um ihre Posten bangen lassen, so dass die Unterstützung für Chruschtschow schwand und er schließlich 1964 abgesetzt wurde. Der Ukrainer sei ähnlich wie Gorbatschow eine tragische Figur in der Geschichte der Sowjetunion. Ein vergessener Führer, während die Erinnerung an Stalin wieder auflebe.



Jörg Baberowski

Die Entstalinisierung unter Chruschtschow stehe für die Revitalisierung der Partei, die Stärkung der Justiz bei gleichzeitigem Machtverlust der Geheimdienste sowie den Verzicht auf Gewalt. Den Erfolg dieser Bemühungen könne man auch daran ablesen, dass Chruschtschow den Kreml als freier Mann und im Dienstwagen verließ, ein Vorgang, der unter Stalin unmöglich gewesen wäre.

In seinem Kommentar bezichtigte der Publizist Gerd KOENEN die russische Gesellschaft der Unfähigkeit zur Bewältigung der eigenen Geschichte. Warum würden Chruschtschows Reformen nicht positiv gesehen? Warum komme die relevante Literatur zum Thema statt aus Russland aus Großbritannien oder Deutschland? Nach wie vor würde das „Sinnlose“ unter Stalin, die Opfer, das Leiden sowie die unverarbeitete Trauer als Rechtfertigung für den Sieg dienen.

Öffentlichkeit, Polittechnologie und medialer Wandel

Das Podium zum Thema „Öffentlichkeit, Polittechnologie und medialer Wandel“ bestritten der Slawist und Kulturwissenschaftler Ulrich SCHMID (St. Gallen), die Bielefelder Historikerin Kirsten BÖNKER und der aus Kiew angereiste stellvertretende Chefredakteur der Ukrainiska Pravda Serhii LESCHENKO, der sich mit Recherchen zur persönlichen Bereicherung des ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch und seiner Entourage einen Namen gemacht hat. Einigkeit herrschte, dass das Fernsehen die Arena sei, in der mit medialen Polittechnologien Öffentlichkeit erzeugt und simuliert werde, um die Schlacht um die als Legitimation verstandenen Popularitätswerte zu erringen. Leschenko demonstrierte, dass die wichtigsten Fernsehsender der Ukraine staatlich kontrolliert würden oder sich in der Hand von Oligarchen befänden, die der gegenwärtigen Staatsführung nahe stünden. Schmid und Bönker analysierten die konkreten Methoden der Fernseh-Polittechnologen. Schmid demonstrierte, wie etwa der Polittechnologe Kirill Romaschow mit sogenanntem Astroturfing eine Zivilgesellschaft simuliert, die die herrschende Elite unterstütze. Es werde medialer Kunstrasen ausgerollt, um den Eindruck zu erwecken, es gebe eine spontane Pro-Putin-„Graswurzelbewegung“. Bönker zeigte auf, wie das heutige Fernsehen in Russland die Sehgewohnheiten der in der Sowjetunion zum Fernseh Zuschauer sozialisierten Menschen aufgreife und mit heutigen Methoden amalgamiere, um mit einer Mischung von Sowjetnostalgie und Fortschrittsideologie gesellschaftliche Stabilität und Legitimität der herrschenden Ordnung zu schaffen.

Kontrovers diskutiert das Podium, ob es jenseits medialer Bilder eine Realität der Politik gebe. Moderator Volker WEICHSEL, Zeitschrift OSTEUROPA, fragte, ob die kritische Kulturwissenschaft sich zu sehr in den Bann der polit-technologischen Simulation schlagen lasse, wenn sie sich stark auf die Enttarnung der Methoden konzentriere und darüber vergesse, welche Wahrheit über die Regime Putins und Janukowitschs die Bilder verschleierten. Ulrich Schmid vertrat die These, dass es in den Staaten des postsowjetischen Raums außerhalb der Politiktechnologie keine Politik gebe und daher die Analyse der Inszenierungen der Macht und ihrer Gegner ein richtiger Ansatz sei.

Von harten und weichen Grenzen: Transnationalisierung im östlichen Europa

Grenzen können beschränkende ebenso wie ermöglichende Bedingungen von Transnationalisierung sein. Das von Sebastian LENTZ, Direktor des Leibniz-Instituts für Länderkunde in Leipzig, moderierte Panel wollte den konzeptionellen Veränderungen des Phänomens „Grenze“ nachspüren und das Verständnis für sich verändernde gesellschaftliche „Räumlichkeiten“ schaffen. Die Referenten waren im Vorfeld aufgefordert worden, anhand ihrer Forschungsschwerpunkte ihre eigenen Interpretationen zum Titel des Panels vorzunehmen.

Den Auftakt machte Judith MIGGELBRINK, ebenfalls Leibniz-Institut für Länderkunde, die die „Transnationale Außengrenze der EU“ untersuchte und dazu Konzepte und Ergebnisse zweier größerer Forschungsprojekte vorstellte. Das Schengen-Grenzregime führe zum einen zu einer Loslösung der Kontrollpraktiken vom unmittelbaren Grenzort hin zu ihrer räumlichen Ausweitung, die von den Konsulaten in den Herkunftsländern der Visainhaber bis zu Überprüfungen weit im Hinterland nach dem Grenzübergang reiche – oder wie es ein ukrainischer Unternehmer als Interviewpartner einmal formulierte: „Die Grenze endet nie“. Ein anderes Phänomen einer derart dispers werdenden Grenze sei die Ausweitung von Maßnahmen, die den „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ gewährleisten sollen, ins Vorfeld der Außengrenze: Im Rahmen ihrer Sicherheitsstrategie versuche die EU durch die Gestaltung sozialer und zivilgesellschaftlicher Verhältnisse zu Lebensumständen in den Nachbarländern beizutragen, die stabilisierend wirken und Motivationen zum illegalen Grenzübergang oder Grenzverletzungen reduzieren sollen.

Sabine VON LÖWIS, Geografin am Centre Marc Bloch in Berlin, vermittelte Einblicke in ihre Feldforschung in dem quasi gedoppelten Dorf Sokyrinci bei derseits des ehemaligen Grenzflusses Zbrusch in der West-Ukraine. Karten der aktuellen Wahlergebnisse in der Ukraine reproduzieren scheinbar diese historische Grenze auch nach mehr als 70 Jahren gemeinsamer Geschichte, was Anlass für eine mikrogeographisch-ethnologisch orientierte Studie vor Ort gebe. In sichtbaren Unterschieden wie architektonischen Merkmalen, in Denkmälern, aber auch in sozialen Praktiken wie den zugehörigen Erinnerungsritualen, in Konfessionen, und auch im Bewusstsein der Bewohner für ein Hier und Dort, für „die im Westen“ und „die im Osten“ würde diese „Phantomgrenze“ zwar immer wieder reproduziert. Das dürfe aber, so von Löwis, nicht vorschnell zu der Annahme verführen, dass sich die Lebenswelten in den beiden Dörfern stark unterscheiden: Vielmehr seien die Verbindungen im Alltag stark, dies zeige sich in Einkäufen und im Schulbesuch, in Heiraten und Wohnungswechseln ins andere Dorf. Von Löwis sieht gerade im Wechselspiel solcher Aufweichungen und Verfestigungen entlang der Phantomgrenze, d.h. den Beispielen für einen unpräzisen Umgang mit Differenz und Gemeinsamkeit, die Chance, nationale Identitäten und den alltäglichen Umgang mit Geschichte entlang solcher Phantomgrenzen konstruktiv zu nutzen, um Fragen nach gemeinsamer nationaler Identität zu diskutieren, statt den Diskurs einer nationalen Spaltung der Ukraine zu führen.

Schließlich forderte Ilkka LIIKANEN, Historiker am Karelien-Institut der Universität Joensuu, dazu auf, das seiner Ansicht nach reduktionistische Konzept der Westfälischen Territorien und ihrer Grenzen bzw. deren Auflösung zur Beschreibung der derzeitigen Entwicklung im östlichen Europa zu revidieren: Aus einer solchen Perspektive werde nämlich vorschnell auf ein fortschrittliches „europäisches“ Verständnis von Grenzen geschlossen, dem dann archaische „östliche“ Konzepte harter Grenzen gegenübergestellt würden. Aus seiner Interpretation des politischen Sprachgebrauchs über Grenzen plädierte er für die Alternative, neue Grenzkonzepte als Produkte aus aktuellen Bestrebungen politischer Akteure zu verstehen, die versuchen, „ihre Landschaften“ im östlichen Europa zu flexibilisieren, sie umzuformen und neu zu rahmen.

Zwischen Glamour und Politbühne: Theater, Film und Medien in Russland heute

Moderiert von Christine ENGEL, Slawistin an der Universität Innsbruck, wurden in diesem Panel die Verbindungen zwischen Medien und Politik im heutigen Russland dargestellt und kritisch analysiert. Der gemeinsame Nenner der Beiträge, der sich auch in der anschließenden kurzen Diskussion herauskristallisierte, lässt sich in Anlehnung an Viktor Schklowski mit dem Begriff „Deautomatisierung“ beschreiben. Es geht um die Deautomatisierung der Wahrnehmung von etwas (Bild, Person etc.) als politisch oder nicht politisch, was mit der wachsenden Repolitisierung der russischen Gesellschaft und dem Einsatz der neuen Medien zusammenhängt.

Marina DAWYDOWA, Chefredakteurin der Zeitschrift „Teatr“, Moskau, stellte fest, dass es im aktuellen politischen Theater Russlands schwierig zu bestimmen sei, wo das Politische beginnt und wo es aufhört. Dennoch kam sie zu dem Schluss, dass gerade das gegenwärtige Theater in seiner Masse nur sehr langsam von einer Repolitisierung erfasst würde. Dies allerdings nicht aufgrund der Zensur, wie man im Westen annehmen könnte, denn es würden im „Nischentheater“ durchaus Stücke aufgeführt, die in ihrer politischen Satire viel weiter gingen als etwa die Gruppe Pussy Riot. Viel mehr läge es daran, dass der heutige russische Zuschauer sich in erster Linie Unterhaltung wünsche und von unbequemen Fragen, was Dawydowa zufolge den Kern des politischen Theaters ausmache, nicht behelligt werden wolle.

Im Zentrum des Beitrags von Eva BINDER, Universität Innsbruck, stand ebenfalls „die Wiederkehr des Politischen“. Anhand eines Vergleichs von zwei aktuellen Dokumentarfilmen über die Protestbewegung bei den Duma- und Präsidentschaftswahlen (Zima, uchodi! und Srok) zeigte sie den Zusammenhang zwischen dem Politischen und seinen medialen Repräsentationen auf. Dadurch, dass er sich als eine nach dem Zufallsprinzip funktionierende „filmisch-fotografische Fixierung“ des Protests verstehe, verpasse der erste Film, so die Slawistin Binder, die Chance, etwas über die Protestbewegung mitzuteilen und so ihre Welt „in Erscheinung treten zu lassen“. Srok kombiniere dagegen die dokumentarische Fixierung mit einer bewussten narrativen und choreographischen Gestaltung des Materials, wodurch sich die angestrebte künstlerische Wahrheitsfindung der Filmemacher offenbare.

Birgit MENZEL, Johannes-Gutenberg-Universität Mainz/Germersheim, analysierte in ihrem Vortrag ebenfalls den Zusammenhang zwischen Politik, Ideologie und Medien in Russland. Ausgehend von der Feststellung der seit einigen Jahren zu beobachtenden verstärkten Präsenz und Professionalisierung von Journalistinnen in den audiovisuellen und Printmedien stellte die Slawistin die Frage, was diese neue Dominanz der Frauen in den Medien zu bedeuten habe, welchen Einfluss sie auf die öffentliche Meinung hätten und wie dies zu vereinbaren wäre mit der zeitgleichen Tendenz der Abwertung und Zurückdrängung

von Frauen aus dem Berufsleben und der zunehmend einflussreichen Mischung aus Patriotismus, Glamour und offenem Chauvinismus. Eine Erklärung fand Menzel in der allgemeinen Abwertung des Journalisten-Berufs, der häufig vom heimischen Schreibtisch aus erledigt werden könne, für familiengebundene Frauen günstig und zeitflexibel sei, aber auch durch Konkurrenzdruck und den Druck zur Existenzsicherung zu politischen Kompromissen führe. Birgit Menzel stellte die These auf, dass die „glamourösen Amazonen“, die durchaus fachliche Qualifikation, hochprofessionelle Arbeit und politisches Engagement mit einer glamourösen äußeren Erscheinung vereinbaren, einen neuen Typ „starker Frau“ im heutigen Russland darstellten.

Menschenrechte in Osteuropa – die Rolle des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte

Ist die Arbeit des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EMRK) ein Tropfen auf den heißen Stein oder kann sie im Hinblick auf die Verbesserung der Lage der Menschenrechte eher mit „steter Tropfen höhlt den Stein“ bezeichnet werden? Dies war die Frage, die Angelika NUßBERGER, Richterin am EMRK mit der früheren Verfassungsrichterin der Russischen Föderation, Tamara MORSCHAKOWA, diskutierte.



Tamara Morschakowa,
Heike Dörrenbächer
und Angelika Nuß-
berger

Nach Ansicht von Angelika Nußberger trifft letzteres zu, wenngleich „auch immer mal neue Steine dazukommen“. Sie berichtete über die Vielfalt ihrer Arbeit, die von Eilentscheidungen bei Abschiebungen über Verschwundene in Tschetschenien bis hin zu Gleichstellungsfragen reicht. Der statistische Befund zeige grundsätzlich, dass das System auch in den osteuropäischen Staaten angenommen würde, es gebe eine Vielzahl von Beschwerden zu allen Sachthemen und aus allen Regionen Osteuropas, in erster Linie aus Russland und der Ukraine, so Nußberger.

Das Beispiel einer neuen Strafprozessordnung in der Ukraine (in Kraft seit 20.11.2012) zeige, dass die Arbeit des EMRK wirke: Untersuchungshaft kann künftig (zumindest in der Theorie) nur noch für zwei Monate angeordnet werden, und auch nur dann, wenn der Staatsanwalt nachgewiesen hat, dass es keine weniger einschneidende Maßnahme gibt. Die Verfahren gegen den früheren Innenminister Lutsenko und den früheren Richter am Obersten Gericht, Wolkow, hat der EMRK als unfair und nicht gesetzmäßig verurteilt.

Morschakowa stellte eingangs fest, dass die Arbeit des EMRK nicht gegen Russland gerichtet sei, sondern für Russland wirke. Dieser Satz von Frau Morschakowa ist bemerkenswert, da er die Verfahrenssprache umkehrt, in der es immer heißt, „Name des Klägers gegen Russland“. Die Entscheidung des EMRK, das erste Urteil gegen Chodorkowski sei nicht politisch motiviert gewesen, stieß bei Morschakowa auf völliges Unverständnis. „Jeder in Russland habe gewusst, dass das Urteil politisch motiviert war.“, so die ehemalige Richterin.

Sie betonte, dass die Verankerung der Grund- und Menschenrechte in der russischen Verfassung vorhanden sei. Das sei wichtig, denn jeder könne sich auf diese Rechte und die Verfassung berufen. Inwieweit Morschakowa eine Ruferin in der Wüste sei, blieb unbeantwortet. Die Antwort konnte sich aber jeder selbst geben.

Politische Wissenschaft – Eine Disziplin und Transformation

Das Panel hatte zum Ziel, eine Bilanz politikwissenschaftlicher Forschung zu Transformationsprozessen in Osteuropa zu ziehen. Die europäisch-amerikanisch-russische Zusammensetzung des Panels, moderiert von Sabine FISCHER, Politikwissenschaftlerin der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, erlaubte einen sehr breiten Blick auf diese übergeordnete Frage. Valerie BUNCE, Cornell University, Ithaka, hob den Beitrag, den die Erforschung osteuropäischer und post-sowjetischer Transformationen zur Disziplin geleistet habe, positiv hervor. So habe die Auseinandersetzung mit den betroffenen Staaten und Gesellschaften bis dahin unangefochtene Grundannahmen in Frage gestellt, beispielsweise im Hinblick auf die Rolle internationaler Akteure, die Bedeutung von Massenmobilisierung für demokratischen Wandel oder das Zusammenwirken von wirtschaftlichen Reformen und Demokratisierung. Auch seien der Transformationsdebatte einige neue Variablen hinzugefügt worden, z.B. Nationsbildung, state building, Demokratisierung durch Wahlen und der Zusammenhang zwischen Staat und Korruption. Partielle Reformen, hybride Regime und die Rolle transnationaler Netzwerke für politischen Wandel seien einige der neuen Konzepte, die aus der Debatte hervorgegangen sind, so Bunce.

Auf der Negativseite wurde die Dominanz westlicher szientistischer Perspektiven in der politikwissenschaftlichen Debatte über Osteuropa von Kataryna WOLCZUK, Centre for Russian and East European Studies der University of Birmingham, hervorgehoben. Dies mache die Disziplin unflexibel und schränke die Anwendbarkeit ihrer Konzepte stark ein. Je weniger Staaten und Gesellschaften dem westlichen Kontext gleichen, desto weniger Instrumente stünden der Disziplin für ihre Analyse zur Verfügung. Regionalstudien, so Wolczuk, seien hingegen besser positioniert, weil sie einerseits Empirie und Theorie als interdependent betrachteten und andererseits mehr Bereitschaft zeigten „sich von Forschungsergebnissen überraschen zu lassen“. Phänomene, die mit Hilfe von Regionalexpertise analysiert werden sollten, seien beispielsweise die sehr unterschiedlichen Entwicklungspfade der jeweiligen politischen Systeme in der Region oder die Frage staatlicher Handlungskapazität in den entstandenen Autokratien, fügte Andrei MELVILLE, Higher School of Economics, Moskau, hinzu. Gleichzeitig wurde jedoch auch davor gewarnt, dass die Konzentration auf autokratische politische Systeme die Forschung blind mache für wichtige Elemente politischen Lebens in den betroffenen Gesellschaften.

Timm BEICHELT, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder, machte darauf aufmerksam, dass in der europäischen Politikwissenschaft die Debatte in den vergangenen zehn Jahren zunehmend auch von der durch die EU-Osterweiterung 2004/2007 ausgelösten „tektonischen Verschiebung“ geprägt gewesen sei. Während Wandlungsprozesse in den Beitrittskandidatenländern und späteren neuen EU-Mitgliedern zunehmend im Rahmen der Europaforschung untersucht wurden, hätte sich die Transformationsforschung immer stärker auf die „übriggebliebenen“ post-sowjetischen Staaten konzentriert, und hier in den vergangenen Jahren auf die Autokratisierung politischer Systeme. Dies verdecke, so Beichelt, dass auch im Hinblick auf die Gegenstände von Europa- und Transformationsforschung Prozesse von Entgrenzung im Gange seien, die eine solche strikte Trennung unangemessen erscheinen lassen.

Im Laufe der Diskussion wurden zahlreiche Forschungslücken identifiziert, derer sich politikwissenschaftliche Forschung zu Osteuropa annehmen sollte. So sei die Frage, wie in diesen Gesellschaften wirtschaftliche Interessen Politik bestimmten, nach wie vor nicht beantwortet. Ebenso unzureichend erforscht seien die Beziehungen zwischen Gesellschaft und Staat. Angesichts der Regimeentwicklung in der Region dränge sich die Frage nach der Stabili-

tät politischer Systeme auf. Dies gelte sowohl für autokratische als auch für hybride politische Systeme. Wichtig sei weiterhin, woher autokratische Regime Unterstützung erhielten, und welcher Rationalität autokratische Führer in der Region folgten.

Wege der Wirtschaftsentwicklung – autoritäre Regime versus westliche Modernisierung

Die Teilnehmer des Wirtschaftspanels diskutierten die Frage: Können die autoritären bzw. staatswirtschaftlichen Wirtschaftsordnungen in China und Russland nachhaltig erfolgreich sein und ein Gegenmodell zum Liberalismus bilden?

Dazu meinte Carsten HERRMANN-PILLATH, Volkswirt und Sinologe der Frankfurt School of Finance and Management, dass die Chinesen zwar nach wie vor dem staatlichen Modell folgen, jedoch den Bedarf an Reformen erkannt hätten. Probleme wie das Gefälle zwischen Stadt und Land, die Urbanisierung, das Bevölkerungswachstum sowie die Abhängigkeit vom Außenhandel belasteten das Wachstumsmodell. Das Potenzial für Reformen und Modernisierung in China sei nach Hermann-Pillath gegeben, so bemühe sich die Führung um die Stärkung des Binnenmarktes und die Bekämpfung der Korruption. Statt als Modell für andere Ökonomien zu dienen, seien China und sein riesiger Parteiapparat momentan eher um „Selbstreform“ bemüht.

Mit Blick auf Russland zweifelte Moderator Rainer LINDNER, Geschäftsführer des Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und DGO-Vorstandsmitglied, in Anbetracht der großen Staatsunternehmen, des fehlenden Mittelstands und der hohen Korruption an einer Modernisierung des Landes.

Wladimir MILOW, Politiker und Direktor des Instituts für Energiepolitik in Moskau, schloss eine Modernisierung unter Putin ebenfalls aus. Die Hinwendung zum autoritären System habe nur in den ersten Jahren nach 2000 Wachstum gebracht. Seit 2008 stagniere die Entwicklung. Eine Analyse der Putinära zeige, dass eine Modernisierung nicht stattgefunden habe. Es herrsche große Abhängigkeit vom Rohstoffexport, der Ausbau der Infrastruktur käme nicht voran und Investoren verließen das Land. Das Modell der „Autoritären Modernisierung“ der letzten 13 Jahre sei gescheitert, so der ehemalige Energieminister und heutige Oppositionspolitiker Milow.

Russland sei laut Gunnar WIEGAND vom Europäischen Auswärtigen Dienst in Brüssel in der Transformation zur Marktwirtschaft und zum Rechtsstaat stecken geblieben. Stattdessen habe sich eine „brutale Form“ des Kapitalismus durchgesetzt, die nur wenige begünstige und viele chancenlos zurücklasse. Mit Hilfe von internationalen Abkommen, die die Umsetzung von europäischen Rechts- und Produktionsnormen sowie politischen Werten voraussetze, könne die EU Einfluss in Sachen Korruptionsbekämpfung und Verwaltungsaufbau nehmen.

Im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit habe sich bereits vieles verändert, ergänzte Per FISCHER, Osteuropaexperte bei der Commerzbank. Im Vergleich zu den protokollarischen Verfahren der 80er Jahre habe eine Professionalisierung im gesamten postkommunistischen Raum eingesetzt. Die Umgangsformen und das Verständnis von Business haben sich angeglichen. Als Beleg dafür könne die Präsenz von über 6000 deutschen Unternehmen in Russland gelten, die eine gegenseitige Abhängigkeit und Verantwortung in der Sicherung von Arbeitsplätzen schaffen würden.

Russland 2020 – Strategien und Perspektiven der Entwicklung

Zum Abschluss der Konferenz führte Hans-Henning SCHRÖDER, Politikwissenschaftler der Freien Universität Berlin und Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik, ein Gespräch zur Zukunft Russlands mit dem Politiker Wladimir RYSCHKOW, Ko-Vorsitzender der Partei RPR-PARNAS. Wie werde sich Russland in den Jahren bis 2020 entwickeln, welche Prognosen könne man machen?

Ryschkow, Duma-Abgeordneter von 1990 bis 2007, sprach zunächst von den Prognosen und Erwartungen, die an Russland in den 90er Jahren gestellt wurden. Damals, als die Ökonomie am Boden lag, seien die Hoffnungen auf Reformen, Demokratisierung und Wachstum groß gewesen. Der Blick in die Zukunft war positiv. Als Wladimir Putin im Jahr 2000 an die Macht kam, verbesserte sich zunächst die ökonomische Situation. Dass dabei die Demokratie, vorerst noch moderat, gegängelt wurde, nahm man mit der Aussicht auf wirtschaftlichen Erfolg protestlos in Kauf. Im Jahr 2013 jedoch sei weder etwas von ökonomischen noch von demokratischen Reformen zu spüren. Das Wachstum sinke mit jedem Jahr. Innerhalb der G20 habe sich die russische Wirtschaft in den letzten Jahren am schwächsten entwickelt und von Demokratie könne keine Rede sein.

Vom Verfassungsprojekt aus dem Jahr 1993, das eine liberale Demokratie in einem säkularen, föderativen, europäischen Rechtsstaat mit Marktwirtschaft vorsieht, sei fast nichts geblieben, so Ryschkow. Demokratische Regeln würden missachtet, der Rechtsstaat umgangen und die Trennung von Staat und Kirche sollte „nicht so wörtlich“ genommen werden, so Wladimir Putin (nach Ryschkow). Der Staat spreche sich heute offen gegen europäische Werte aus und die Marktwirtschaft des Landes habe vor allem 131 Dollarmilliardäre hervorgebracht.

Die Verantwortung für diese Lage trügen laut Ryschkow „bestimmte Strukturen in Staat und Gesellschaft“. Aus der Sowjetunion dauerten Institutionen fort, die jene der Demokratie „aufzufressen“ drohten. Ryschkow nannte die Geheimpolizei, die mit Bedrohung und Provokation arbeite, die allgemeine Polizei, die mit körperlicher Gewalt gegen Demonstranten vorgehe, die Nomenklatur der Bürokraten, die nach eigenen Regeln lebe, die Propaganda der Medien sowie die vorsowjetische Institution der Kirche. Dazu teile sich die Bevölkerung in drei circa gleichgroße gesellschaftliche Gruppen: 1. die moderne, europäische der Großstädte und Metropolen, 2. die vormoderne in den Fabrikstädten und 3. die archaische der Kleinstädte und Dörfer.

Wladimir Putin konzentriere sich in seiner Politik lediglich auf die 2. und 3. Gruppe, die er mit Subventionen aus dem Rohstoffexport auf Kurs halte. Statt der Zukunft Unterstützung zu leisten, investiere Putin in die Vergangenheit. Ökonomische und demokratische Entwicklungen seien so nicht möglich. In Deutschland, so Hans-Henning Schröder, wundere man sich über die Schwäche der Opposition und darüber, dass aus den Großdemonstrationen im letzten Jahr keine politische Bewegung erwachsen ist. Ryschkow stimmte dem zu und erklärte, dass die Politik und die Rolle des Politikers in Russland allgemein schwach seien. So auch die Opposition, die nicht in der Lage sei, sich für ein gemeinsames Ziel zusammenzuschließen. Jede Gruppe begegne der anderen stets mit Kritik und Vorwürfen. Dabei sei das Potenzial für Empörung in der Bevölkerung gegeben, wie eine Demonstration gegen das Adoptionsgesetz mit 60000 Teilnehmern zu Jahresbeginn gezeigt hätte. Den Menschen seien zahlreiche gesellschaftliche Probleme bewusst, nur schaffe es die Opposition nicht, klare Ziele und Forderungen zu formulieren. Pathetische Losungen nach mehr Freiheit seien zu unkonkret und nur wenig anziehend.



Gunnar Wiegand, Carsten Herrmann-Pillath, Rainer Lindner, Per Fischer und Wladimir Milow



Wladimir Ryschkow und Hans-Henning Schröder

Bericht: Karsten Kläge
Fotos: David Oliveira

In Russland etablierte sich ein Staatsmodell, das Ryschkow den kooperativen Staat nannte. Frei nach Lenins „Staat und Revolution“ (1917) arbeitete die Führung an einer staatlichen Struktur, in der, ähnlich einer Fabrik, alle Teile des Systems wie „Antriebsriemen“ funktionierten. Regionale Regierungen, Gewerkschaften, Medien, selbst die Oppositionsparteien seien Teil dieses kooperativen Staates. In ihren Analysen fehlte es den westlichen Wissenschaftlern und Politikern oft an dieser Erkenntnis, so Ryschkow in seinem Abschlussstatement.

IMPRESSUM

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Schaperstraße 30
10719 Berlin

Tel.: +49(0)30 214 784 12

Fax: +49(0)30 214 784 14

Email: info@dgo-online.org

Web: www.dgo-online.org

GESTALTUNG UND SATZ

mcc Agentur für Kommunikation GmbH
mcc-pr.de

BILDNACHWEIS

S. 2 istockphoto / M_Stankov, S.16 istockphoto / Kevin-Dyer, S. 20 istockphoto / clu, alle anderen Bilder DGO